Abendausgabe

Nr. 515 ♦ 44. Jahrgang

Ausgabe B Nr. 255

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag
31. Oktober 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Rußland geht nach Genf!

Tschitscherin meldet Teilnahme an der Vorbereitenden Kommission an.

Genf, 31. Oktober

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat von Tschitscherin folgendes Telegramm erhalten:

Nach Empfang der Note des Völkerbundsrats vom 12. Dezember 1925, in welcher die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken eingeladen wurde, sich in der Vorbereitenden Abrüstungskommission vertreten zu lassen, und nach in dieser Sache gewechselten Korrespondenz war es der Union der SSR. nicht möglich, an der Arbeit der Vorbereitenden Kommission teilzunehmen, weil diese auf schweizerischem Boden einberufen worden war. Da der Zwischenfall zwischen der Union der SSR. und der Schweiz durch das Protokoll vom 14. April geregelt ist, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Union der SSR. bereit ist, an der Vorbereitenden Abrüstungskommission teilzunehmen, und sie bittet, ihr gefälligst den Zeitpunkt der nächsten Zusammenkunft der Vorbereitenden Kommission sowie deren Tagungsort bekanntzugeben.

*

Diese Ankündigung ist ein bedeutendes und begrüßenswertes Ereignis. Rußlands Teilnahme wird den Druck auf die Westmächte im Sinne einer ernstlichen und beschleunigten Abrüstung erhöhen und den Randstaaten, insbesondere Polen, den Vorwand nehmen, mit dem sie bisher die Unmöglichkeit einer Rüstungseinschränkung begründeten, einen Vorwand, den alle übrigen Abrüstungsgegner sich zu eigen zu machen versuchten.

Linksruck in Frankreich.

Die Bedeutung der Wahl Daladiers zum Parteivorsitzenden

Paris, 31. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Wahl des Abg. Daladier zum Präsidenten der Sozialistisch-Radikalen Partei wird als Beweis neuer Linksorientierung dieser Partei mit umso größerer Befriedigung aufgenommen, als das Ministerium Poincaré Anstrengungen unternommen hatte, die Wahl Daladiers zu verhindern. Poincaré hatte den Kongreß wissen lassen, daß er die Wahl Daladiers als einen „unfreundlichen Akt" ansehen müsse, da Daladier der Führer des scharf links orientierten Parteiflügels ist, der zusammen mit den Sozialisten seit 15 Monaten gegen das Kabinett stimmt. Auch Herriot hat gegen Daladier stark Propaganda gemacht.

Wenn der Kongreß trotzdem Daladier gewählt und damit dessen Haltung im Parlament gebilligt hat, so beweist dies zweifellos, daß die Mehrheit der Sozialistisch-Radikalen Partei entschlossen ist, eine entschiedene Linkspolitik in enger Anlehnung an die Sozialisten zu verfolgen. Der neue Parteipräsident hat in seiner Ansprache auf dem Schlußbankett des Kongresses diese durch seine Wahl unterstrichenen Tendenzen der Partei besonders hervorgehoben. (Solchen Ruck nach links pflegt die Radikale Partei stets auf ihrem letzten Kongreß vor den Wahlen vorzunehmen, um sich ihre Sünden verzeihen zu lassen und den Abmarsch eines Teils ihrer unzufriedenen Wähler in das sozialistische Lager vorzubeugen. Red. d. „V.".)

Der Erfolg Daladiers bedeutet also eine schwere Niederlage Herriots und darüber hinaus eine Schlappe für das Ministerium Poincaré, die unter Umständen gefährliche Folgen haben kann. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß die Partei ihre im Ministerium sitzenden Parteimitglieder, darunter also Herriot, vor die Wahl stelle, aus der Partei oder aus dem Ministerium auszutreten. Das würde zweifellos eine Ministerkrise heraufbeschwören.

Der sozialistische Abg. Paul Boncour hat sich in einer Rede entschieden für den Eintritt der Sozialisten in die Regierung ausgesprochen; nur wenn die Linksparteien die Regierung in Händen haben, könne Realpolitik getrieben werden.

„Die Fahne der Deserteure."

Der deutschnationale Zwischenrufer.

Zu unserer Mitteilung im Bericht von der letzten Stadtverordnetensitzung, der Deutschnationale v. Jecklin hätte die Fahne Schwarzrotgold als Fahne der Deserteure bezeichnet, schickt uns v. Jecklin folgende Berichtigung:

„Unwahr ist, daß der deutschnationale Stadtverordnete von Jecklin, Major a. D. und Leiter der Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei, gelegentlich der Stadtverordnetenversammlung von Berlin am 27. Oktober 1927 in einem Zwischenrufe die Fahne Schwarzrotgold als die „Fahne der Deserteure" bezeichnete. Wahr ist vielmehr, daß dem Stadtverordnetenvorsteher, dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Haß, diese irrige Mitteilung in der Sitzung gemacht worden ist, und dieser daraufhin dem Stadtverordneten v. Jecklin eine Rüge erteilte. Von Jecklin verlangte sogleich das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, da er den Zwischenruf nicht gemacht hatte. Zugleich meldete sich aber auch derjenige Stadtverordnete, der den Zwischenruf tatsächlich gemacht hatte. Der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher Haß stellte darauf fest, daß Stadtverordneter Jecklin nicht den Zwischenruf gemacht hatte, seine Rüge sich also nicht auf ihn, sondern auf den wirklichen Zurufer bezöge."

Dieser wirkliche Zurufer ist, wie wir nachträglich feststellen konnten der deutschnationale Hauptmann a. D., Stadtverordneter Pohl, gewesen. Die Mitteilungen des Vorstehers, Genossen Haß, gingen den entfernt sitzenden Pressevertretern im Spektakel, den die Deutschnationalen machten, verloren. Bestehen bleiben aber unsere Schlußfolgerungen, daß die Regierungsrichtlinien den Deutschnationalen die Möglichkeit lassen, die Reichsfahne als „Fahne der Deserteure" zu bezeichnen.

Meinungskampf in Wien.

Parteitagsdebatte über die Taktik.

Wien, 31. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Parteitag trat am Sonntag in die Debatte über die beiden Referate vom Sonnabend ein. Als erster Redner sprach Dr. Trebitsch, der eine Broschüre über „die rechten Lehren des 15. Juli" geschrieben hat, worin er sich gegen Ueberradikalismus wendet. Er erklärte, daß die Frage der Koalition zwar nicht aktuell sei, aber ihre Notwendigkeit dürfe uns nicht unvorbereitet treffen. Abg. Witternig-Salzburg erklärte, nur die müselige Aufbauarbeit der Partei in den öffentlichen Verwaltungskörpern habe zu Erfolgen geführt, nicht aber die revolutionäre Phrase. Der Partei stehe das Recht zu, die Teilnahme an der Staatsverwaltung zu fordern. Abg. Dr. Ellenbogen erklärte, wenn Bauer am Sonnabend gesagt hat, daß die Koalition den Gefühlen der Arbeiter ein unerträgliches Opfer zumute, so ist zu erwidern, daß die Partei den Arbeitern schon oft Opfer zumuten mußte. Als nach dem Kriege die Kriegshetzer vor den Arbeitern zitterten, da habe Dr. Bauer den Arbeitern das Opfer zugemutet, mit diesen Verbrechern eine Koalition zu bilden. Andererseits stellte Dr. Ellenbogen fest, daß wirklich

die faschistische Gefahr immer deutlicher

hervortritt. „Wir wollen", so erklärte er weiter, „den Frieden und die Vermeidung des Bürgerkriegs. Seipel und seine Freunde wollen dies nicht."

Nachdem Abg. Schneidmadl in ähnlichem Sinne auf die Bürgerkriegstreiberei Seipels hingewiesen hatte, sprach — unter wiederholtem Beifall jugendlicher Zuhörer und unter Mißfallenskundgebungen der Parteitagsmehrheit — Prof. Max Adler. Er behauptete nämlich, es gehe hier um den Gegensatz von „Radikalen und Reformisten" und fuhr fort, die ungeregelte und nicht von der Partei veranstaltete Demonstration am 15. Juli habe dadurch, daß sie das Proletariat vor dem Schein bewahrte, feige zu sein, die Ehre des Proletariats gerettet. Gegen die Behauptung Max Adlers, daß am 15. Juli nicht kleine Teile der Arbeiterklasse, sondern die ganze Arbeiterschaft die Wiener Ereignisse gemacht hat, protestierte sehr entschieden Abg. Dr. Julius Deutsch, der Obmann des Republikanischen Schutzbundes. Max Adler verteidige Undisziplinertheit und Eigensinn. Die Sozialdemokratie, fuhr Deutsch fort, ist eine Partei des Friedens. Der 15. Juli war ein Heldentag, nicht für die, die die Disziplin gebrochen, sondern für die, die sie gehalten haben. Der Schutzbund ist

bereit, gemeinsam mit den bürgerlichen Kampfformationen abzurüsten.

Palla sagte, Seipel wäre ohne den 15. Juli schon gestürzt und könnte nicht mehr wie jetzt die Arbeiter provozieren, um sich an der Macht zu erhalten. Eisinger-Wien führte aus, daß zwar auf dem Parteitag verschiedene Anschauungen bestehen, in der Ablehnung der Anschauungen Max Adlers sei der ganze Parteitag einig. Palla-Kärnten sagt: Würde der Parteitag erklären, daß wir bereit sind, mit einem Gegner, der den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft entgegenkommt, jederzeit eine Koalition zu schließen, so würde das eine moralische Wirkung weit über die Arbeiterschaft hinaus haben. Abg. Leuthner verweist darauf, daß der Linzer Parteitag ein Bekenntnis zur Demokratie war; freilich hat die Bourgeoisie die damalige Rede Max Adlers gegen uns ausgenutzt. Wenn auch gegenwärtig die Koalition nicht in Betracht komme, so müsse doch die Partei, wenn sonst eine Gefahr für die Arbeiterklasse entstehen würde, zur Koalition bereit sein. Den Bürgerkriegworten Max Adlers hält Leuthner entgegen: „Der Tod ist kein Programm! Wenn es einmal zum Bürgerkrieg kommt, steigen nicht nur Helden zum Himmel empor, sondern die Uebrigbleibenden müssen in Knechtschaft weitervegetieren."

Als Letzter sprach Dr. Friedrich Adler, nicht als Sekretär der Internationale, sondern als Mitglied der deutschösterreichischen Partei. Er führte aus, die Partei könne nicht bereit sein, um der Anteilnahme an der Macht im Staat willen die Macht in Wien zu opfern; eine Koalition sei erst dann möglich, wenn die Partei vorher bei den Wahlen die Mehrheit im Staate errungen habe.

Die Debatte geht erst am Montag nachmittag weiter, da der Parteitag am Vormittag

die Gräber der 85 Juliopfer

auf dem Zentralfriedhof besucht.

Die Koalitionspolitik des Zentrums.

Eine Wahlrede des Reichskanzlers. — Lob und Tadel für die Deutschnationalen.

Essen, 30. Oktober.

Auf einer Kundgebung im Städtischen Saalbau zu Essen hielt Reichskanzler Dr. Marx eine große Rede. Darin bezeichnete er die gegenwärtigen politischen Vorgänge zum größten Teil als eine Vorbereitung auf die Wahl. Nur echte Staatsgesinnung und Rücksicht auf das Allgemeinwohl habe das Zentrum bei der Bildung des Rechtsblocks geleitet, die man ihm, Marx, besonders verübelt habe. Der Reichskanzler fuhr fort:

Es muß immer wieder an die von niemandem bestreitbare Tatsache erinnert werden, daß das erst geschehen ist, nachdem durch das unverständliche, inzwischen wohl auch von ihr selbst als falsch erkannte Vorgehen der Sozialdemokratie das Minderheitskabinett der Mitte im Dezember vorigen Jahres gestürzt worden war. Da blieb für das Zentrum nur noch die Wahl zwischen

Auflösung des Reichstags oder einer Koalition mit rechts.

Wäre aber bei Neuwahlen im Februar ein wesentlich andere Zusammensetzung des Reichstags zu erwarten gewesen? Sonderbar mutet der Vorwurf an, als hätte ich die Treue gebrochen, die ich in den vergangenen Jahren den republikanisch gesinnten Volkskreisen versprochen habe. Wenn einer Veranlassung hat, sich zu beklagen, so bin ich es, dessen Kabinett man stürzte in einem Augenblick, indem ich hinsichtlich der Reichswehr Zusagen machen konnte, die vollauf den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion entsprachen — Zusagen, die, das möchte ich besonders unterstreichen, auf meine Veranlassung auch in das Programm des neuen Kabinetts mit aufgenommen und inzwischen durchgeführt worden sind. Wenn man noch in den letzten Tagen den Vorwurf erhoben hat, es sei

keine republikanische und keine soziale Politik

betrieben worden, so kann dieser Vorwurf für sich allein nichts beweisen. Ich behaupte, daß die Republik gerade im letzten Jahre gefestigt worden ist; denn ich kann es nur als einen großen Fortschritt werten, wenn eine Partei, die früher in schroffer Opposition gegen die Republik gestanden hat, sich bereit findet, auf dem Boden der Verfassung von Weimar positive Arbeit zu leisten. Ich brauche nur hinzuweisen auf die Verlängerung des Republikschutzgesetzes und auf das große soziale Werk der Arbeitslosenversicherung. Daß in rechtsgerichteten Zeitungen Artikel erscheinen und Worte fallen, die sich

mit der Achtung vor der Republik und den verfassungsmäßigen Farben nicht vereinbaren lassen,

ist bedauerlich. Eine Koalition ist keine Gesinnungs-, sondern nur eine Arbeitsgemeinschaft. Das wird manchmal vergessen.

Was den Flaggenstreit anbelangt, so bedauere ich, daß dieser Streit jetzt mit einer Leidenschaft geführt wird, die das deutsche Volk in zwei Lager zu spalten droht, und ich würde es noch mehr bedauern, wenn etwa der nächste Wahlkampf unter der Parole: hie Schwarzweißrot, hie Schwarzrotgold geführt werden sollte.

Schwarzrotgold ist keine Verkehrung und Verkennung von Schwarzweißrot,

und wer Schwarzweißrot in Ehren hält, braucht deshalb Schwarzrotgold nicht zu schmähen. Wer aber in dem Flaggenstreit mehr sieht als ein Symbol, dem vermag ich nicht mehr zu folgen. Die Staatsform ist und bleibt die Republik, und ich kann mir nicht vorstellen, daß ein seiner Verantwortung bewußter Politiker heute allen Ernstes daran denkt, auch den Kampf um die Staatsform noch in die politische Debatte zu werfen.

Es ist gar nicht zu bestreiten, daß in der heutigen Koalition gute politische Arbeit geleistet worden ist. Ist etwa die Außenpolitik durch den Beitritt des Deutschnationalen zur Regierung eine andere geworden? Unsere Außenpolitik weist seit einer Reihe von Jahren eine durchaus gerade Linie auf. Andererseits muß mit aller Entschiedenheit darauf gehalten werden, daß auch von deutscher Seite nichts geschieht, was Mißtrauen auf der anderen Seite erwecken könnte. Ich kann nur immer wieder den schon so oft ausgesprochenen Wunsch wiederholen, daß von allen Organisationen, gleichviel ob rechts oder links, alles vermieden wird, was letzten Endes üble Folgen für unsere politische Lage nach sich ziehen könnte. Für die nächsten Wochen ist die

Zurücknahme einer größeren Zahl fremder Besatzungstruppen

aus dem besetzten Gebiet zugesagt und auch schon eingeleitet worden. Ich gebe der Ueberzeugung Ausdruck, daß die französische Regierung ihr gegebenes Versprechen loyal und im vollen Umfange des Zugesicherten erfüllen wird. Dabei erneuern wir immer wieder den dringenden Hinweis auf unser Recht, die völlige Räumung des besetzten Gebietes zu verlangen, nachdem unsere Entwaffnung vollkommen durchgeführt ist und die Politik der letzten Jahre den besten Beweis für die friedliche Einstellung des deutschen Volkes in seiner weitaus größten Mehrheit geliefert hat.

Auffallend war das Aufsehen, das die Rede des Reichspräsidenten von Hindenburg bei der Enthüllung des Tannenberg-Denkmals in manchen Kreisen des Auslandes erregt hat, eine Rede, die sowohl von mir wie auch von dem Herrn Reichsaußenminister gebilligt worden war; auffallend, weil bezüglich der uns vorgeworfenen Schuld am Kriege sowohl von mir als von anderen verantwortlichen deutschen Staatsmännern bei früheren Gelegenheiten vielleicht noch schärfere Worte gebraucht worden sind, als der Reichspräsident sie anwendete. Ich weise hier insbesondere auf die Erklärung hin, die ich namens der Reichsregierung am 29. August 1924 anläßlich der Annahme der Dawes-Gesetze im Reichstage abgegeben habe. Ich bin der Meinung, daß allerdings

die Frage der Kriegsschuld nicht durch Reden hin und her entschieden werden kann.

Ernste wissenschaftliche Forschung und unparteiische Prüfung muß die Wege und Pläne aufdecken, die zum unseligen Beginn des Weltkrieges 1914 geführt haben. Wir werfen die Frage nach der Kriegsschuld in der Ueberzeugung auf, daß eine wahre Versöhnung

der Nationen unmöglich ist, solange ein Mitglied der großen Völkerfamilie in den Augen der anderen gebrandmarkt wird und bleibt. Lediglich um unserer Ehre willen, die jeder Nation als das höchste Gut gelten muß, haben wir an die Geschichte appelliert.

Nun noch einige Worte zu dem fast zu viel erörterten

Schreiben des Reparationsagenten an den Reichsfinanzminister.

Kaum war die Tatsache bekannt geworden, daß der Reparationsagent Parker Gilbert eine schriftliche Meinungsäußerung über die schwebenden Finanzfragen an den Reichsfinanzminister gerichtet hatte, als auch schon deutsche Blätter an dem Finanzminister und der Reichsregierung die schärfste Kritik übten. Man warf uns vor, wir enthielten der deutschen Oeffentlichkeit wichtige Mitteilungen vor, die zu erfahren sie ein Recht habe. Andere richteten ihre Angriffe gegen den Reparationsagenten selbst, bezeichneten ihn als „Fronvogt", ohne zu bedenken, daß schon der politische Anstand es verbietet, gegen den nur seine Pflicht als Gläubigervertreter erfüllenden Mann solch verletzende Aeußerungen zu richten, zumal auch **nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vorliegt, anzunehmen, daß Parker Gilbert bisher seine Kompetenzen überschritten hätte oder in einem Deutschland unfreundlichen Sinne vorgegangen wäre.** Es ist richtig, daß sich Parker Gilbert über Bedenken äußert, welche die Finanzgestaltung Deutschlands bei ihm hervorgerufen hat. Er tat das in durchaus vorsichtiger Weise und unter nachdrücklicher Verwahrung dagegen, daß er sich in die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands einzumischen beabsichtige. — Was nun

das Volksschulgesetz

anbetrifft, so hoffe ich, daß es gelingen wird, dem dem Reichstag vorliegenden Regierungsentwurf eine Gestaltung zu geben, die allen berechtigten Wünschen der verschiedenen Parteien und Weltanschauungsgruppen gerecht wird. Wir können uns den Luxus kulturpolitischer Kämpfe, die sich sehr leicht aus dieser vornehmlich von der Opposition beliebten Behandlung der Schulfrage entspinnen können, nicht leisten.

Zentrum gegen Rechtsblockwahl.

Vor einigen Tagen las ich einen „Appell an das Bürgertum". Dieser Aufruf gipfelt in der Aufforderung, die gesamten bürgerlichen Parteien sollen sich zum gemeinsamen Kampf gegen die den Klassenkampf predigende Linke zusammenfinden. Ich bin der Ueberzeugung, daß dieser Aufruf im Zentrum keinen Anklang finden wird. Es ist seit je das Bestreben des Zentrums gewesen, keinen Volksteil, der guten Willens ist, von der Arbeit für den Staat auszuschließen, insbesondere aber nicht die zahlreichen und wertvollen Kreise der deutschen Arbeiter.

Hier und da hört man bereits Parolen für den nächsten Wahlkampf. Es scheint mir verfrüht, schon jetzt auf Einzelheiten einzugehen. Es kann sein, daß Reichstagswahlen bald bevorstehen, es kann sein, daß sie erst im Herbst oder Winter des nächsten Jahres kommen. Die politischen Verhältnisse sind zu sehr noch in der Bewegung, als daß man heute schon den Zeitpunkt der Wahlen voraussagen könnte. Das Zentrum wird nach den kommenden Wahlen, in die es ohne jede Bindung hineingehen wird, genau so wie früher seine Kraft dem Staat zur Verfügung stellen und mit denjenigen Parteien Staatspolitik betreiben, die geneigt sind, mit ihm zusammen die bisherige Politik im wesentlichen fortzusetzen und auf dem Boden der Verfassung das Staatswohl zu fördern.

*

Der Auftakt zur Wahlkampagne des Zentrums zeigt bereits, daß diese Partei vor keiner sehr leichten Aufgabe steht, wenn sie ihre Wähler bei der Stange halten will. Marx hat versucht, vom Wesentlichen abzulenken und hat, um die Inkonsequenz der Zentrumspartei zu rechtfertigen, sogar die Entstehungsgeschichte des Rechtsblocks falsch dargestellt. Die Rede Scheidemanns, die angeblich den Deutschnationalen den Eintritt in den Rechtsblock erzwungen haben soll, behandelte ja nur einen Ausschnitt aus den geradezu schreienden Mißständen, die sich in der Minderheitsregierung Marx vor einem Jahre herausgestellt hatten. Die Reform der Reichswehr stand damals keineswegs allein auf der Tagesordnung. Der Torso eines parlamentarischen Kabinetts, wie es damals bestand, konnte sich nur dadurch halten, daß er bei entscheidenden Abstimmungen über die Außenpolitik sich auf die Sozialdemokratie stützte, sonst aber in Fragen der republikanischen Verfassung, der Sozialpolitik, der Finanzpolitik usw. die Stimmen der Deutschnationalen gegen unsere Forderungen ausnutzte. Es war im Herbst vorigen Jahres, als die Deutsche Volkspartei unter dem Druck der Industrie sich zu einem scharf sozialaktionären Kurs bekannte. Eine Regierung, die in allen wichtigen Fragen gegen die Arbeiterschaft handelte, konnte nicht die Unterstützung der Sozialdemokratie als selbstverständlich erwarten. So — und nicht anders — kam es zum Sturz der Minderheitsregierung Marx. Die Bildung des Rechtsblocks entsprang der freien Willensentschließung des Zentrums, das nun auch alle Taten des Bürgerblocks mit verantworten muß.

Daß ihm dabei nicht wohl ist, begreifen wir. Die außenpolitischen „Erfolge" hat Marx selbst charakterisiert, als er den Schritt des Reparationsagenten erwähnte und ihn gegen seine deutschnationalen Koalitionsfreunde verteidigte. Das Wiederaufleben der Kriegsschuldbebatte ist auch ein „Verdienst" deutschnationaler Regierungskunst. Dank für die Dienstbereitschaft des Zentrums hat soeben Herr Hugenberg in höchst eigener Person erstattet. Dieser hervorragende Mitbürger erging sich in Herford in den heftigsten Schmähungen gegen die „preußisch-marxistische Politik", für die das Zentrum doch auch verantwortlich zeichnet. Nun, jeder hat die Freunde, die er verdient. An seinen Freunden von rechts wird das Zentrum jedenfalls bei den nächsten Wahlen keine große Freude erleben.

Die Langmut muß ein Ende finden.

Duisburg, 31. Oktober. (TU.)

In einer Zentrumsversammlung am Samstag abend wandte sich der Zentrumsführer und Reichstagsabgeordnete von Guérard gegen die monarchistische Propaganda der Deutschnationalen und die Verunglimpfung der Republik und ihrer Symbole in der deutschnationalen Presse. Er erklärte, daß das Zentrum von den Deutschnationalen keine Opfer der Ueberzeugung verlange. Es müsse daran festgehalten werden, daß entsprechend den bei der Regierungsbildung eingegangenen Bindungen eine Partei, die vier Minister in der Reichsregierung stelle, keine Propaganda für die Monarchie mache. Das Zentrum habe lange Geduld mit den Deutschnationalen gehabt. Die Langmut müsse aber jetzt ein Ende finden. Es seien schon entsprechende Schritte unternommen worden.

Deutschnationale Wahldemagogie.

Hugenberg meldet sich.

Herford, 31. Oktober.

Im Rahmen einer Landesparteitagung der Deutschnationalen Volkspartei Westfalens sprach Reichstagsabgeordneter Geheimrat Hugenberg über das Thema „Staat und Wirtschaft". Es sei nicht möglich, im Reiche wirksam die Todesgefahren zu bekämpfen, vor denen Wirtschaft und Volk wieder augenblicklich ständen, es sei denn, daß Preußen dem Sozialismus entrissen werde. Hugenberg bekannte sich dann als Gegner des Dawes-Vertrages. Deutschland habe aber nun einmal den Dawes-Vertrag und könne ihn nicht umgehen. **Deutschland habe aber damit seine Freiheit verloren** und sei unter internationale Finanzkontrolle gestellt worden. Deutschland könne nicht länger Preußens marxistische Politik machen. Preußisch-marxistische Politik sei es, die der Wirtschaft das Mark aus den Knochen fresse. Preußisch-marxistische Politik suche die Hindenburg-Tannenberg-Worte gegen die Kriegsschuldlüge vor der Welt zu entwerten und jeden ernsthaften Versuch eines deutschen Ostschutzes zu sabotieren. Preußisch-marxistische Politik sei es, unter Mißbrauch von Polizei und Justiz zu politischen Augenblickszwecken Haussuchungen bei deutschen Wirtschaftsführern abzuhalten und sie mit dem Verdacht hochverräterischer Umtriebe zu belasten. Preußisch-marxistische Politik sei es, die aus der Reichswehr ein sozialistisches Parteiinstrument machen möchte, die Staat und Wirtschaft, die doch aufeinander angewiesen sind, zu Feinden mache, die Reich und Länder gegeneinander hetze, die zwischen Arbeiter und Unternehmer Haß säe, die überhaupt das ruhige, friedfertige Deutschland zu einem Lande des Kampfes aller gegen alle mache. Mit dieser preußisch-marxistischen Politik müsse ein Ende gemacht werden.

*

Die Telegraphenunion, das Propagandabureau des Herrn Hugenberg, verzeichnet stürmischen Beifall nach den Ausführungen Hugenbergs, die zugleich eine Kampfansage gegen das Zentrum in Preußen und die heftigste Anklage gegen die von seinen eigenen Parteifreunden im Reiche geführte Außen- und Finanzpolitik sind. Auch eine Antwort an Marx!

Das ist möglich — in Mexiko!

Weltliche Schule. — Soziologische Geschichtsbetrachtung!

Die deutsche Schule in Mexiko — anerkannte Oberrealschule und Handelsrealschule mit über 700 Schülern — sendet uns ihren letzten Jahresbericht, der die Arbeit des 33. Schuljahres anschaulich schildert. Ein Aufsatz stellt das Verhältnis der Schule zu den einheimischen Schulbehörden dar und zeigt die Schwierigkeiten, die sich aus den häufig widersprechenden Anforderungen der mexikanischen und der deutschen Schulgesetze ergeben. Die deutsche Schule gilt als mexikanische Privatschule. Als solche gilt auch für sie die Vorschrift des Schulgesetzes:

„Der Unterricht muß weltlich sein, das heißt, man darf eine Religion weder lehren, noch verteidigen, noch angreifen."

Unter dem Druck dieser Bestimmung mußte auf den Religionsunterricht, auch auf den wahlfreien, verzichtet werden, wie es in dem Bericht heißt. Den deutschen und mexikanischen Anforderungen in bezug auf den Geschichtsunterricht gleichzeitig gerecht zu werden, erscheint dem Berichterstatter ein hoffnungsloser Versuch. Das liegt aber nicht nur daran, daß jeder Staat im Unterricht seine Geschichte vor allem behandelt haben will, also zugleich deutsche und mexikanische Geschichte zu lehren ist: Die von der mexikanischen Schulverwaltung gestellten Anforderungen verlangen außerdem eine, wie es wörtlich heißt, „erstaunliche Menge positiven Wissens und große Reife geschichtlichen Denkens".

So legte man den Zwölfjährigen Fragen vor, die — auf deutsche Verhältnisse übertragen — etwa folgendermaßen lauten würden:

„Warum scheiterte die Kolonisation der ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen?" oder „Welche Ursachen hatten die Maigesetze Bismarcks?".

Derartige Lehrplananforderungen und eine derartige Einstellung zu den Problemen der Religion und der Geschichte in Mexiko stellen die Schulleistungen mancher deutscher Länder in den Schatten!

Ungarische Fälschungen.

Nach dem Auslandgeld das Anklagematerial.

Im Budapester Kommunistenprozeß wurde das Vernehmungsprotokoll des geflüchteten Angeklagten Rubin verlesen. Darin beschuldigt er sich und die übrigen Angeklagten auf das schwerste. Aber dieser wackere Verschwörer war tagelang während der polizeilichen Untersuchung Wach- und Schlafgast des Polizeipräsidenten; dann ist er in Begleitung des Oberdetektivs Heim nach Berlin geflohen. Heim wurde scheinbar in Disziplinaruntersuchung und während dieser Untersuchung dienstlich außer der Reihe befördert! Zu seinem „Geständnis" erklärten seine „Komplizen", daß sie ihn überhaupt nicht kennen oder erst bei der polizeilichen Vernehmung (mit viehischen Prügeln, die die Prügelpolizisten vor Gericht hohnlächelnd abschwören) kennengelernt haben. Also ein Polizeilockspitzel in klassischer Form.

Dann folgte die Verlesung der Photographien jener Belastungsdokumente, die angeblich aus einer sowjetrussischen Gesandtschaft stammen. Die Verteidiger protestierten gegen die Verlesung. Der Verteidiger Eugen Kiss betonte, daß

in Wien eine Fälscherfabrik

existiere, die mit diesen Akten schon lange hausieren gehe und allen Regierungen, die eine Bolschewikihatz veranstalten wollen, die notwendigen Unterlagen auf Bestellung prompt liefere.

Maximilian Harden.

Aus Montana in der Schweiz wird gemeldet, daß dort Maximilian Harden nach längerer Krankheit gestorben ist.

Mit Maximilian Harden ist eine der markantesten Gestalten einer abgeschlossenen Geschichtsperiode aus den Reihen der Lebenden verschwunden. Das Zeitalter Wilhelms II. ist ohne ihn nicht denkbar. Er selber war mit ihm so stark verbunden, daß von ihm, als jenes sein Ende gefunden hatte, nur noch ein Schatten übrig blieb.

Es gab einmal einen „jungen Kaiser", der mit seinen Reden die Welt in Aufregung hielt. Und es gab damals einen jungen Journalisten, der diesen jungen Kaiser in scharf geschliffenen, aufsehenerregenden Artikeln bekämpfte. Er war am 20. Oktober 1861 in Berlin geboren und führte den Namen Witkowski, den einer seiner Brüder, der bekannte Leipziger Literaturprofessor, auch weiter behielt, während ein anderer den Namen Witting annahm und später ein bekannter nationalliberaler Führer wurde. Er selbst nannte sich Maximilian Harden, versuchte es erst bei der Bühne, erkannte aber bald seine publizistische Begabung. Er schrieb für die „Berliner Volkszeitung", ließ 1892 als Apostata „kritische Essays über Politik und Zeit" erscheinen und gründete bald darauf seine Zeitschrift die „Zukunft".

Der Ruhm, den er sich durch sein persönlich eigenartiges Schaffen erwarb, wurde gesteigert durch seine Beziehungen zu Bismarck. Seit bekannt worden war, daß Harden in Friedrichsruh eingekehrt war und als bestrafter „Majestätsbeleidiger" mit Bismarck eine von Wilhelm II gestiftete Flasche Wein getrunken hatte, war sein Nimbus im Wachsen. Harden war durch Bismarck zwar nicht hof-, aber wenn man man so sagen darf, kamarillafähig gemacht worden, und niemand dünkte sich nun zu vornehm, um nicht mit Harden zu verkehren. Dieser aber war nun ganz in seinem Element. Denn in ihm selber war soviel „Allzumenschliches" lebendig, daß er die ganze Welt nicht anders, denn als eine Summe von Allzumenschlichem zu sehen verstand. Er wurde der Träger und raffiniert geschickte Ausplauderer von Hof- und Kabinettsgeheimnissen, er präsentierte sich der Welt als der Mann, der hinter allen Kulissen zuhause war und alle dunklen Zusammenhänge kannte.

Seine „Zukunft" wurde verschlungen. In den Kreisen des Hofes, der Aristokratie, des hohen Beamtentums, aber auch der Bourgeoisie und der Literatur — also so ziemlich überall, ausgenommen nur die breiten Schichten des Volkes — erwartete man mit Ungeduld jede neue Nummer der Wochenschrift, in der ein Wissender seinen Kampf gegen das persönliche Regiment führte. Man las die immer länger werdenden, immer künstlicher verschlungenen Sätze nicht nur von vorne, sondern auch von hinten, nicht nur in den Zeilen, sondern auch zwischen den Zeilen. Stand doch vieles darin, was nur der Unterrichtete ganz verstand, die anderen verstanden nur die Hälfte. Dies jedoch erhöhte nur den Reiz.

Kein Zweifel, daß Hardens Arbeit dazu beigetragen hat, die Herrschaftsverhältnisse des Kaiserreichs zu zersetzen. Darauf jedoch beschränkt sich ihr Verdienst. Denn an positiver Zielsetzung hat es ihr gefehlt.

Das einzige, worin Harden konsequent blieb, war seine Gegnerschaft gegen Wilhelm II. Diese Gegnerschaft war, wie alles bei Harden, persönlich scharf betont und erklärt sich zu nicht geringem Teil aus der Verwandtschaft der beiden Naturen. Sprunghaft, launisch, reizbar, pathetisch und stets letzten Endes nur darauf bedacht, sich selber in Szene zu setzen, waren sie beide und blieben sie beide, auch dann, als der junge Kaiser und der junge Journalist längst schon aufgehört hatten, jung zu sein. Sie gehören zusammen.

Daraus erklärt sich auch, daß Harden seinen Kaiser so ausgezeichnet verstand, daß er ihn als einen Blender erkannte, daß für ihn so bald hinter dem finster entschlossenen Imperatorengesicht der neurasthenische Wortheld sichtbar wurde. Harden nahm die kriegerischen Phrasen aus Wilhelms Munde nicht ernst, er wußte, daß keine starke Persönlichkeit dahinter steckte. Ihm selber aber war es mit dem machtpolitischen Willen ernst — soweit ihm irgend etwas ernst sein konnte. Richtiger wäre es vielleicht, zu sagen: er bezog ohne starke innere Ueberzeugung die Position des Imperialismus und des Alldeutschtums, weil sich von ihr aus der Kampf gegen die laute kaiserliche Richtigkeit am schneidigsten führen ließ. So kam es zu jener großen Kampagne, die für Harden wohl den Höhepunkt des Lärms um ihn, aber alles andere als den Höhepunkt seines Ruhmes bedeutete. Sein Kampf gegen das Homosexuellentum am Hof und in der Garde, sein Feldzug gegen Phili Eulenburg im Jahre 1907 entsprang keinem sittlichen Erneuerungsdrang und keinem revolutionären Temperament. Es war nur ein Versuch, durch Entfesselung eines Riesenskandals Elemente aus der Nähe des Kaisers zu verbannen, die pazifistisch verdächtig schienen. Von allem Politischen abgesehen, war es aber eine Schändlichkeit, einen Mann an der Schwelle des Greisenalters wie Eulenburg wegen sexueller Verfehlungen anzugreifen, die er einmal als junger Mensch begangen haben sollte.

Harden und seine „Zukunft" haben vorübergehend auch in der Geschichte unserer Partei eine Rolle gespielt. Harden war mit Bruno Schoenlank, Franz Mehring, Heinrich Braun zeitweilig befreundet gewesen — jede seiner persönlichen Freundschaften blieb nur zeitweilig und verwandelte sich bald in bittersten persönlichen Haß — und zählte zahlreiche Sozialdemokraten sogenannt „revisionistischer" Richtung zu seinen Mitarbeitern. Heinrich Braun hatte sich in den neunziger Jahren sogar lebhaft bemüht, Harden für die Partei zu gewinnen, was ihm glücklicherweise nicht gelungen ist. Die Mitarbeit von Parteigenossen an der „Zukunft" führte im Jahre 1903 zu den bekannten unerfreulichen Auseinandersetzungen auf dem Dresdener Parteitag. Harden rächte sich für die Behandlung, die er dort erfahren hatte, durch eine Reihe von Artikeln, die von persönlicher Gehässigkeit strotzten.

Den Krieg hatte Harden mit Jubel begrüßt und sich in der ersten Zeit so in Annexionismus überschlagen, daß selbst einem Heinrich Claß dabei bange werden konnte. Während des Krieges nahm er jäh den entgegengesetzten Kurs, er wurde Ultrapazifist und Prophet des Präsidenten Wilson. In der Republik glaubte er sich zu Großem berufen. Er sah sich jedoch enttäuscht und gab dem Gefühl seiner persönlichen Gekränktheit in wilden Schmähungen Ausdruck. Daß ihn ungefähr zu der gleichen Zeit ein paar Hakenkreuz-Banditen überfielen und niederschlugen, war ein Beweis nicht nur für die viehische Roheit, sondern auch für die politische Unwissenheit dieser Gesellschaft.

Harden hatte mit dem Ausgang des Kaisertums aufgehört, für irgendwen ein ernst zu nehmender Gegner zu sein. Die „Zukunft" ging ein. Es war auch höchste Zeit, wenn der Stil der jungen Generation nicht durch das Vorbild dieser gepuderten, geschminkten, mit falschen Löckchen behangenen Publizistik noch mehr verdorben werden sollte.

Harden hat nicht einer Idee, nicht einer Sache, sondern sich selbst gelebt. Darum bleibt von ihm wenig nach seinem Tode übrig. Seine Schriften sind der Spiegel einer Vergangenheit, die für uns mit rasender Schnelligkeit in die Ferne entgleitet. Sie enthalten nichts Wegweisendes. Der Name seiner einst berühmt gewesenen Zeitschrift trügt. Von Harden führt nichts in die Zukunft!

Friedrich Stampfer.

Yvonne Georgi und Harald Kreutzberg.

(Tanzmatinee im Theater am Nollendorfplatz.)

Das waren zwei Mittagsstunden, die keiner vergessen wird, der sie erleben durfte. Ich kannte Yvonne Georgi und ich kannte Harald Kreutzberg, aber mir scheint, als hätt' ich sie erst Sonntag im Nollendorfplatz-Theater wahr und wirklich kennengelernt. Was sie brachten, war nicht durchweg neu, aber durchweg in neue, reifere künstlerische Formen gegossen. In Hannover, wo beide jetzt zusammenwirken, hat ihre Kunst sich gegenseitig geläutert und beschwingt. Yvonnes Tanz ist strenger und klarer geworden, Kreutzbergs reiner, vornehmer und, wenns möglich war, noch sicherer.

Im „Tanz der Salome" gibt die Georgi ihr Höchstes. Ein Wesen auf der Grenze zwischen Mensch und Tier. Dunklen Urinstinkten ohne Hemmung hingegeben. Krallt, schleicht, wälzt sich am Boden. Selbstbesinnung richtet sie auf. Dann leuchten aus finsterem Chaos wunderbare Tanzrhythmen, feurig funkelnd, in mattem Glanze strahlend. Versinken wieder im brodelnden Flammenmeer, um sich aufs neue zu sammeln und auftauchend zu strahlenden Kristallen zusammenzuschießen. Ein Wunderwerk, dem im ganzen Gebiet des modernen Tanzes kein zweites an die Seite zu stellen ist. Die brasilianische „Tijuka", die wir schon kennen, jetzt

Parteiminister.

Was die Deutschnationalen unter „Ueberparteilichkeit" verstehen.

Die Ergebnisse des Münchener Hitler-Untersuchung sind für die Deutschnationalen schwer belastend. Deshalb polemisiert die deutschnationale Presse gegen den Untersuchungsausschuß im Namen der „Ueberparteilichkeit". Darauf antwortet der „Bayerische Kurier", das Organ der Bayerischen Volkspartei:

„Alle diese Klagen gehen von der stillschweigenden Voraussetzung aus, daß die Sache der „Ueberparteilichkeit" mit der Sache der deutschnationalen Partei wesensgleich oder wenigstens untrennbar verknüpft ist.

Auch die Deutschnationale Partei ist Partei, so hart dieses Wort auch in den Ohren mancher klingen mag; und die von der Deutschnationalen Partei verwalteten Ministerien sind Parteiministerien, und zwar unter Umständen Parteiministerien in des Wortes allerengster Bedeutung; denn wenn die bisherigen Untersuchungen eine Tatsache zweifelsfrei festgestellt haben, so ist es die, daß die bayerische Justizverwaltung eine gänzlich ungewöhnliche und ihrer Form nach nichts weniger als „überparteilich" anmutende Justizpolitik getrieben hat, die sich auf Erwägungen und Auffassungen stützte, die mit den Auffassungen einer bestimmten politischen Partei völlig zusammenfielen."

Parteiministerium in das Wortes allerengster Bedeutung. Justizpolitik unter deutschnationalen Gesichtspunkten — eine schärfere Verurteilung der deutschnationalen Politik ist nicht möglich.

Belastete Politiker.

Die Bayerische Volkspartei, die seit 1924 in Bayern zusammen mit den Deutschnationalen regiert, so wie sie früher mit den Völkischen regiert hat, sucht für kommende Wahlen sich die Verantwortung für die Taten ihrer rechtsradikalen Koalitionsfreunde abzuwälzen. Sie schüttelt kräftig ab, und zwar die Herren Dr. Gürtner und Dr. Roth.

Ueber Gürtner sagt der „Bayerische Kurier":

„Als das gegenwärtige Kabinett gebildet wurde, wurde der Deutschnationalen Partei nicht der geringste Zweifel darüber gelassen, daß sie bei den zu erwartenden parlamentarischen Auseinandersetzungen über die Politik des aufs neue im Kabinett aufgenommenen Justizministers nicht erwarten dürfte, daß sich die Bayerische Volkspartei schützend vor diese Politik stellen werde. Aus Anlaß der bei der Kabinettsbildung erfolgten Auseinandersetzung zwischen dem „Bayerischen Kurier" und der Deutschnationalen Partei wurde in einer parteiamtlichen Auslassung der Bayerischen Volkspartei (BVC. vom 27. Juni 1924) nicht nur gesagt, daß im „Bayerischen Kurier" „Auffassungen und Stimmungen zum Ausdruck gekommen" seien, wie „sie in weiten Kreisen der Bayerischen Volkspartei herrschen"; es wurde auch ausdrücklich **die Zumutung zurückgewiesen, als solle und könne die Bayerische Volkspartei die vergangenen Dinge decken.** „Dieses Verlangen der Deutschnationalen," so hieß es in der Auslassung der BVC. wörtlich weiter, „muß deshalb besonders wundernehmen, weil ihren Unterhändlern bei allen bisherigen Verhandlungen kein Zweifel darüber gelassen wurde, daß die Bayerische Volkspartei niemals in der Lage sein wird, die vergangenen Dinge zu rechtfertigen; es wurde den Deutschnationalen unzweideutig erklärt, daß, wenn sie schon darauf bestünden, daß die neue Koalition und Regierung **mit der Person des Ministers Gürtner belastet wurde, dies einzig und allein auf ihre Verantwortung gehen müsse."**

Dr. Roth wird noch energischer abgeschüttelt:

In einer parlamentarischen Zuschrift der „Augsburger Postzeitung" wird mitgeteilt, daß schon seit längerer Zeit das Gerücht gehe, daß als Nachfolger des um das staatliche Versicherungswesen hochverdienten Präsidenten des Bayerischen Landesversicherungsamtes, Dr. F. v. Englert (der in Bälde die Altersgrenze erreicht), niemand anders als — — — der ehemalige deutschnationale Justizminister und jetzige „völkische" Abgeordnete Dr. Roth in Betracht komme. Die Zuschrift der „Augsburger Postzeitung" erklärt es für „ausgeschlossen", daß an dem Gerücht etwas Wahres sei, und begründet dieses Urteil mit einer Reihe von Erwägungen. Auch wir stehen auf dem gleichen sachlichen Standpunkt. Herr Dr. Roth hat in der Geschichte Bayerns eine so verhängnisvolle Rolle gespielt (nur ein äußerer Umstand hat ihn wohl davor bewahrt, mit seinen übrigen Gesinnungsgenossen auf die Anklagebank zu kommen), seine sachlichen Eigenschaften sind so bestritten, daß es zwar denkbar ist, daß Herr Dr. Roth wieder einen neuen (und bekanntlich nicht den ersten) Versuch unternimmt, in den Besitz einer höheren Staatsstelle auf politischem Wege zu kommen, daß es aber undenkbar ist, daß ein solcher Versuch zu dem angestrebten Erfolg führt."

Diese Abschüttlungsaktion belastet die Getroffenen schwer — aber sie entlastet die Bayerische Volkspartei nicht. Was soll man zu einer Partei sagen, die einen so schwer belasteten Politiker wie Dr. Gürtner ausgerechnet als Justizminister hinnimmt und heute noch nicht die verfassungsmäßigen Konsequenzen aus seinem verfassungswidrigen Verhalten zieht?

---

neu durchgearbeitet. Wie rankender Efeu schlingen und winden sich die herrlich trainierten Arme um den Rumpf, innerliche Glut in die Formen eines strengen Stils bannend. Wuchtige, hinreißende Rhythmen in den Schwüngen und Sprüngen des „Mexikanischen Tanzliedes". Tänzerisches Vollblut in reifster Kultur.

Und ihr zur Seite Kreuzberg, der Unvergleichliche, Unerfindliche, den unsere Staatsoper sich hat entführen lassen. Es ist schwer, zu seinem Lobe noch etwas zu sagen. Er ist der größte Tänzer unserer Zeit. Sein „Tanz des Zeremonienmeisters" (aus „Turandot") von preziös feierlicher Koketterie. Im „Apokalyptischen Engel" ein grandioser Wechsel zwischen erhabendem Pathos und ekstatischem Furor. Wundervoll das rhythmische Spiel des wallenden Mantels und die herrliche Schlußattitüde. Seine technische und kompositionelle Meisterleitung ein „Spanischer Tanz", trotz starker Effekte von vollendeter künstlerischer Vornehmheit. In vier Duos vereinigten sich die beiden. Eine „Polonäse" gab der Matinee den flotten Auftakt. Fein zusammengestimmte Rhythmen blühten aus den leichten, graziösen „Variationen". Sanft elegische, verhaltene Spannungen und Schwünge eines „Persischen Liedes" klangen in schöner Schlußgruppe aus. Und, als Kehraus und Schlager, eine „Groteske Tanzszene" mit parodistischer Verulkung des Balletstils und des russischen Volkstanzes.

Die Beifallsstürme wollten kein Ende nehmen. Das Publikum jubelte und raste. Als der eiserne Vorhang schon gefallen war, mußten die Gefeierten noch in der kleinen Tür dankend sich zeigen.

John Schikowski.

Kurt Singer und die Städtische Oper. Von der Leitung der Städtischen Oper erhalten wir folgende Zuschrift: Da mehrere irrtümliche Notizen in einigen Tageszeitungen über die Anstellung des Herrn Dr. Kurt Singer bei der Städtischen Oper erschienen sind, wird festgestellt, daß der Aufsichtsrat Herrn Dr. Singer zum zweiten Vorstand der „Städtische Oper" A.-G. ernannt hat mit der Funktion, Herrn Tietjen in allen künstlerischen und Verwaltungsangelegenheiten seines Arbeitsbereiches als 1. Vorstand der Städtischen Oper zu unterstützen und zu vertreten. In der Weiterführung des Instituts durch die Herren Tietjen und Walter ändert sich durch diese Berufung nichts.

Das Museum als Volkserzieher. Auf Veranlassung der Kommission für intellektuelle Zusammenarbeit hat in Paris eine Besprechung führender Museumsfachleute stattgefunden, an der von deutscher Seite Geheimrat Max J. Friedländer teilnahm und die sich mit der besonders in Amerika stark erörterten volkserzieherischen Rolle der Museen befaßte. Auf dem Programm standen Fragen wie die der Veranstaltung von Vorträgen, Führungen, Ausstellungen, Konzerten, Ausflügen und Reisen durch die Museen, ihrer Fühlungnahme mit Schulen und Berufsverbänden zur besonderen Nutzbarmachung für die breiten Massen und die Jugend, der abendlichen Zugänglichmachung, der Verbreitung von billigen Reproduktionen u. dgl.

Eine ordentliche Mitgliederversammlung des Bundes, Vereinigung freiheitlicher Akademiker E. V., findet am 10. November, 19 Uhr, Albrechtstr. 11, statt. Staatssekretär Dr. Wilhelm Weiß spricht: „Gedanken über Verwaltung und Verwaltungsreform".

Ein Filmetat der deutschen Republik.

Was die Nachprüfung der Ausgaben aufdeckt.

Langsam gewöhnt sich das Reichsfinanzministerium wieder an Ordnung. Das ist erfreulich, es ist aber auch dringend notwendig! Die erste wieder wertbeständige Reichshaushaltsrechnung, die von 1924, ging dem Reichstag im März 1926 zu, die von 1925 endlich im Februar 1927. Damals wünschte auf sozialdemokratischen Antrag der Rechnungsausschuß des Reichstages, die Vorlage der Reichshaushaltsrechnung 1926 habe bis zum 1. Oktober 1927 zu erfolgen. Herr Köhler, Reichsfinanzminister und Optimist in Deckungsfragen, hat seine Pflicht erfüllt, auf 497 Quartseiten ist jetzt dem Parlament der Rechnungsabschluß für die Zeit vom 1. April 1926 bis Ende März 1927 vorgelegt worden.

Die Begleittexte zu den Reichshaushaltsrechnungen zeigen seit 1924 eine charakteristische Veränderung. Die Ministerialbureaukratie hat ihre Ueberheblichkeit und ihre Wurstigkeit gegenüber dem Parlament etwas gebändigt. Während damals die Ueberschreitung des Etats um rund zwei Milliarden Goldmark mit knapp fünfzig Zeilen „Vorbemerkungen" erledigt wurde, opferte man für 1925 schon zwei Seiten. In der Reichshaushaltsrechnung 1926 ist ein ganzer „Vorbericht" von achtzehn Seiten gegeben. Hoffentlich kommen wir für die zukünftigen Jahre dahin, daß aus diesen Verbeugungen vor dem Budgetrecht des Parlaments auch noch die strikte Beachtung des Haushalts wird!

Dunkle Ecken im Etat.

Die Haushaltsrechnung ist der Kassenabschluß nach Ablauf des Etatsjahres, für das im Haushaltsplan vorher Einnahmen und Ausgaben festgelegt worden sind. Das ist aber nur die theoretische Konstruktion des Reichshaushaltes. Praktisch ist es dahin gekommen, daß immer mehr bei den einzelnen Etatsposten nicht verausgabte Gelder als „Reste" ohne parlamentarische Neubewilligung in das neue Jahr mitübernommen werden. So haben wir in der Reichshaushaltsrechnung auf der Ausgabeseite neben den eigentlichen Etatsposten auf Jahre hinaus

unkontrollierte Summen, die in die Hunderte von Millionen gehen!

Die Verdunkelung geht heute schon soweit, daß in den Haushaltsplänen zwar bei jedem Titel und Posten angegeben wird, wie hoch er im Vorjahr veranschlagt gewesen ist, aber darüber wird den Abgeordneten nichts mitgeteilt, wieviel von jener Ausgabebewilligung aus früheren Jahren als „Rest." bei der entsprechenden Kasse zur freien Verfügung der Verwaltung noch übriggeblieben ist! Bei einer Reform der Haushaltsordnung wird es notwendig sein, mit vorzuschreiben, daß in den Haushaltsplänen die bei den einzelnen Verwaltungen noch vorhandenen Ausgabenreste ausgewiesen werden müssen.

Es handelt sich bei diesen Resten um keine Kleinigkeiten. **Aus der Rechnung von 1925 sind auf 1926 rund 455 Millionen Mark übernommen worden. Das waren etwa sechs Prozent des gesamten Reichsetats. Aus der Rechnung 1926 sind für 1927 sogar 705 Millionen Mark als „Rest" verblieben.**

Wenn auch ein erheblicher Teil dieser „Reste" in der Einnahme seine „Rest"-Gegenposten hat — im besonderen für 1926 —, so verbleiben dennoch ganz bedeutende Beträge, die durch die Maschen des § 30 der Haushaltsordnung ohne sofort wirksam werdende Kontrolle in die Kassen der Verwaltungen zurückschlüpfen.

Es wäre aber ein Irrtum, wollte man annehmen, daß der „Vorbericht" des Reichsfinanzministers zur Haushaltsrechnung 1926 sich in erster Linie mit diesen Fragen beschäftigt. Die Bureaukratie steuert noch einer ganz anderen Richtung. Ihr Bestreben geht dahin, nachzuweisen, daß sie das Haushaltssoll in Einnahmen und Ausgaben ordentlich eingehalten hat. Sie weist darauf hin, daß die Summe der für das Rechnungsjahr 1926 nachträglich zu bewilligenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben zwar 456 Millionen Mark betrage. In dieser Summe seien aber Mehrausgaben an Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden in Höhe von 270 Millionen Mark vorhanden, außerdem sei noch ein Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung abzuziehen. So verbleibe eine Haushaltsüberschreitung von nur 124 Millionen Mark. Aber auch hier seien durch gesetzliche Vorschriften, durch Lohnregelungen u. a. entstandene Mehrausgaben noch abzusetzen. Buche man das alles ab, so verbleibe eine eigentliche Haushaltsüberschreitung von ganzen 51,1 Millionen Mark. Das seien lumpige 0,76 Proz. des Gesamtsolls aller Ausgaben. Angesichts dieser Rechnung hat man beinahe das Bedürfnis, dem Herrn Reichsfinanzminister den Bleistift aus der Hand zu nehmen, damit er nicht die formale Exaktheit der Ministerialbureaukratie bis auf die sechste Dezimalstelle ausrechnet.

Die rauhe Wirklichkeit

sieht auch bei der Haushaltsrechnung 1926 doch etwas anders aus als es der Vorbericht darstellt!

Nach wie vor erfolgen Haushaltsüberschreitungen und außerplanmäßige Ausgaben in einem nicht zu entschuldigenden Umfange. **Wie in früheren Jahren, schießt das Reichswehrministerium in der Ungeniertheit bei der Ueberschreitung der Etatsposten auch 1926 den Vogel ab.** Erstaunlich ist, daß jetzt bei der Unterhaltung und Einrichtung der Dienst- und Ministerialgebäude ebenso bei Beschaffung von Automobilen ganz allgemein besonders ungeniert die Etatsposten überschritten werden. So hat — um nur ein kleines Beispiel herauszugreifen — das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft seinen Etatsposten „Unterhaltung der Dienstgebäude" in Höhe von 19 600 M. gleich um 70 000 M. überschritten, weil die Dienstwohnung des Ministers „sofort" ausgebaut werden mußte. Hier kann man nur sagen: Wenn das unter Ebert passiert wäre . . .!

Die „Töpfchen".

Die dunkelste Seite des Etats bleiben die Reste, oder wie man gern sagt, die „Töpfchen". Wenn die interessierten Stellen es verstanden haben, die sie angehenden Etatspositionen hoch zu bemessen, sie mehrere Jahre ungekürzt und als „übertragbar" bewilligt zu erhalten, so haben sie freie Verfügungsmittel in einem Umfange, von dem sich die Oeffentlichkeit kaum die richtige Vorstellung macht.

Bei den ordentlichen fortdauernden Ausgaben hat das Reichswehrministerium über 31 Millionen Mark Reste aus dem Jahre 1926 ins neue Jahr mitübernommen. Bei den einmaligen Ausgaben sieht die Sache aber noch viel toller aus. Der Reichstag bewilligte für 1926 hier 46,7 Millionen Mark, an Resten aus 1925 hatte das Reichswehrministerium 27,7 Millionen Mark im „Rest". Im Jahre 1926 sind dann 46,3 Millionen Mark ausgegeben worden, jetzt hat das Reichswehrministerium noch rund 29 Millionen Mark im „Topf". Das sind rund 70 Proz. Zuschlag zum gesamten Etatssoll!

Bei der Marine sieht es im ordentlichen Etat der einmaligen Ausgaben ebenso aus. Hier sind zum „Soll" für 1926 in Höhe von 42,7 Millionen noch 25,3 Millionen Mark an Resten aus 1925 hinzugekommen. Im Jahre 1926 hat man aber „nur" 34,2 Millionen ausgegeben, so daß jetzt die Marine rund 34 Millionen Mark „im Töpfchen" hat!

Angesichts dieser Tatsachen ist es kein Wunder, daß man sich, unbeschwert durch das Budget des Reichstags, an Filmgesellschaften beteiligen kann.

Nur zwei Einzelbeispiele: Bei dem Etatskapitel „Waffen, Munition und Heeresgeräte" hat das Wehrministerium bei den fortlaufenden Ausgaben nach rund 58 Millionen Mark Ausgaben sich jetzt darüber hinaus rund 25 Millionen Mark als „Betriebsreserven" aufgesammelt. Aber in der Haushaltsrechnung heißt es brav: „Gegen das Gesamtsoll beträgt die Summe der Ausgaben — 139 780 M. weniger." Diese schöne Ziffer wird dadurch erreicht, daß der „Rest" von 1925 mit dem „Soll" 1926 zusammengezählt und dann mit dem „Ist" von 1926 und dem „Rest" 1926 verglichen wird! Nach dieser Methode ist der gesamte Etat dargestellt.

In der Rechnung des Reichswehrministeriums findet man auch ganz offensichtliche Pauschaltitel, so z. B. den für „Ersatz von mittleren und leichteren Minenwerfern". Im Etat für 1926 standen 300 000 M. Das Wehrministerium hatte aber noch 600 000 M. im „Rest". Im Jahre 1926 sind von dem „Soll" nur 200 000 M. ausgegeben worden, es wurden also gegen den Etatsvoranschlag von 300 000 M. sogar noch 100 000 M. gespart; jetzt besteht ein „Rest" von 700 000 M. Im Haushaltsplan für 1927 sind wieder 216 000 M. für den obigen Zweck zur Verfügung gestellt worden! Welcher Gott wird diese Abrechnung einmal nachprüfen und verstehen?

Der Rechnungsausschuß des Deutschen Reichstages hat sich bisher erst mit den Haushaltsrechnungen von 1924 und 1925 beschäftigt. Die Bemerkungen und die Denkschrift des Rechnungshofes des Deutschen Reiches zu den Rechnungen liegen noch nicht vor!

Der Rechnungshof ist nach der neuen Haushaltsordnung, die Ende 1922 geschaffen wurde, mit großen Befugnissen und Aufgaben betraut worden. Damit ist aber auch seine Verantwortung größer als jemals in seiner zweihundertjährigen Geschichte. Es ist zu verlangen, daß er nun bald den Mund aufmacht und zu der innerlich ungesunden, wenn auch äußerlich exakten Methode der Haushaltsverwaltung, wie sie heute von der Ministerialbureaukratie des Reiches beliebt wird, eindeutig Stellung nimmt. Dazu gehört überdies auch der Bericht des Präsidenten des Rechnungshofes über den Filmskandal der Reichsmarine! Es wäre eine tolle Umkehrung aller Staatswirtschaft, wenn der Rechnungshof durch das Parlament zur ordentlichen Durchführung seiner Aufgaben angehalten werden sollte und wenn womöglich ein Untersuchungsausschuß des Reichstages die ungenügende Prüfung des Filmskandals durch den Präsidenten des Rechnungshofes seinerseits „nacharbeiten" müßte.

Kurt Heinig.

Die russischen Spionageurteile. Die vom Obersten Gerichtshof gegen die Brüder Prawe und Horepanoff wegen Spionage zugunsten Englands gefällten Todesurteile sind vollstreckt worden.

Der Zwergstaat in Sorge.

Eine Verbannung aus Andorra. — Liebesdienst für Spanien.

Perpignan, 30. Oktober. (Havas.)

In Encamp (Andorra) wurde bei dem Lehrer Armengol, der unter dem Verdacht der Beteiligung an der katalanischen Verschwörung verhaftet wurde, eine Haussuchung vorgenommen, die belastende Papiere, Waffen und Munition zutage förderte. Armengol ist darauf vom Obersten Gerichtshof in Andorra zur Verbannung verurteilt worden; er muß Andorra vor dem 31. Oktober verlassen. Aus den beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß er als Verbindungsmann zwischen Oberst Macia und den in Katalonien sitzenden Führern der Aufstandsbewegung tätig war.

Coßmann, der Regierungspräsident bei der Regierung in Düsseldorf ist zum Ministerialdirektor im Preußischen Staatsministerium ernannt worden. Coßmann soll als Nachfolger des vor wenigen Monaten abgetretenen Ministerialdirektors Frick hauptsächlich das Amt des stellvertretenden Bevollmächtigten Preußens zum Reichsrat bekleiden. Coßmann gehört der Zentrumspartei an.

Ein Italienisches Kriegsgericht verurteilte fünf Soldaten und einen Offizier, welcher der Sozialdemokratischen Partei angehören soll, wegen Meuterei zum Tode und zehn andere Soldaten zu Gefängnisstrafen von 5 bis 10 Jahren.

Der griechische Staatspräsident Kondurliotis ist angeschossen und im Gesicht leicht verletzt worden. Den Täter, einen Erwerbslosen **konnte die Polizei kaum vor der Lynchjustiz retten.**

VBMI. vor dem Schlichtungsausschuß.

Ein Vermittlungsversuch.

Wie erinnerlich sind die Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den dem Metallkartell angeschlossenen Gewerkschaften gescheitert, weil der VBMI. Lohnangebote machte, die weit unter den tatsächlich gezahlten Löhnen liegen. Die Funktionärkonferenz der Metallarbeiter beschloß deshalb, die Verhandlungen nicht weiter fortzusetzen und lehnte auch ab, den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Nunmehr hat der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses von sich aus eingegriffen und die Parteien zu einem Vermittlungsversuch zu heute mittag geladen.

Zunächst handelt es sich natürlich nur um unverbindliche Besprechungen informatorischen Charakters. Nach der bisherigen Haltung des VBMI. zu urteilen, besteht allerdings keine Aussicht, daß dieser Versuch zu einem greifbaren Resultat führt. Die Vertreter des Metallkartells sind nicht geneigt, von ihren Mindestforderungen etwas abhandeln zu lassen.

Stegerwald und die Beamten.

Merkwürdige christliche Grundsätze.

Stegerwald hielt am Sonnabend in Gleiwitz eine Rede, wobei er betreffend der Neuregelung der Beamtenbezüge folgende Vorschläge machte:

„1. Die in Gruppe III, IV und V eingestuften Beamten sollen in den mittleren Dienstaltersstufen ein ähnliches Einkommen beziehen wie die gelernten Fach- und Qualitätsarbeiter in der Privatindustrie, mit denen sie verglichen werden können. Darauf hat sich dann die Besoldungsreform für die übrigen unteren und mittleren Beamten aufzubauen. Der Vorsprung dieser Beamten gegenüber dem ähnlich qualifizierten Arbeiter in der Privatindustrie besteht in der sicheren Existenz, in der gesicherteren und besseren Altersversorgung und in besseren Urlaubsverhältnissen.

2. Die akademisch gebildeten Beamten sind so zu besolden, daß auf der einen Seite auf die allgemeine Verarmung Deutschlands Rücksicht genommen und auf der anderen Seite das Streben in den Staatsdienst einzutreten, nicht zerschlagen wird, sonst besteht die Gefahr, daß alle fähigen Menschen zur Privatwirtschaft gehen und der Staat sich mit lauter Mittelmäßigkeiten begnügen müßte.

3. An die führenden Ministerialbeamten werden im Zeitalter des Parlamentarismus, des Reichswirtschaftsrats usw. sehr viel höhere Anforderungen gestellt wie im alten Regime. Diesen Beamten muß durch Ministerialzuschläge und durch Erhöhung ihres Urlaubs im Vergleich zu den anderen Beamten besonders entgegengekommen werden."

Also die Beamten in Gruppe III, IV und V sollen nach etwa zehn Jahren Dienst so viel verdienen, wie die Facharbeiter, mit denen sie verglichen werden können. Daß die hohe Ministerialbureaukratie sie nur mit den schlecht bezahlten Facharbeitern vergleichen wird, bedarf keiner weiteren Ausführung. Wie es mit den Anfangsgehältern dieser Beamten stehen soll, sagt Herr Stegerwald nicht.

Dieser Führer der christlichen Gewerkschaften will die „akademisch gebildeten Beamten" besonders berücksichtigen, er will sie etwa so bezahlen, wie die Unternehmersyndici bezahlt werden. Nicht etwa wie die Unternehmer ihre akademisch gebildeten Ingenieure bezahlen. Der Erbauer des Funkturms erhielt ein Monatsgehalt von 250 (zweihundertfünfundfünfzig) Mark, wofür heute mancher Facharbeiter nicht arbeiten würde.

Ganz besonders in sein Herz geschlossen hat Herr Stegerwald die „führenden Ministerialbeamten", an die heute viel höhere Anforderungen gestellt würden wie im alten Regime. Dasselbe kann jeder Eisenbahner, ganz besonders aber können das die Werkstättenarbeiter auch sagen. Wir sehen aber nicht, daß Herr Stegerwald deshalb für sei eintritt.

Nicht weniger seltsam ist, was der Führer der christlichen Gewerkschaften über die Deckungsfrage sagt. Weil die Staatsaufkommen, so wie sie unter Schieben verteilt wurden, hauptsächlich von den breiten Massen getragen werden, könne man die schlecht bezahlten Beamtengruppen nicht wesentlich aufbessern. Warum man in Deutschland z. B. nicht die Erbschaftssteuer wie in England heranziehen kann, warum in Deutschland die reichen Agrarier sich von der Steuerzahlung drücken können, darüber schweigt Stegerwald. Wenn so christliche Gewerkschaftsführer reden, dann darf man sich über die Vorschläge und Winkelzüge der Bürgerblockregierung allerdings nicht wundern.

Der Kampf in der Zigarrenindustrie.

Aussperrung in Westfalen und Lippe.

Herford, 31. Oktober. (Eigenbericht.)

Die westfälisch-lippischen Zigarrenfabrikanten haben gestern etwa 20 000 Zigarrenarbeiter zwecks Aussperrung gekündigt. Diesen Massentarifbruch der Zigarrenfabrikanten haben die Sortierer, Packer und Fertigmacher mit sofortiger Arbeitseinstellung beantwortet.

In Bünde haben etwa 600 Sortierer und Packer bei 16 Firmen die Arbeit eingestellt. In Oeynhausen und Rehme bei sechs Firmen. Feuer bei drei Firmen in Lemgo, vier Firmen in Lübbecke. In Lübbecke, Löhne, Mennighüffen und Holzhausen etwa 400 Sortierer und Packer bei der zirka 4000 Zigarrenarbeiter beschäftigenden Firma Aug. Blase, Sitz Lübbecke. Aug. Blase ist Hauptlieferant der Berliner Ladenbesitzer. Ferner ist die Arbeit eingestellt in Minden, Barntrup, Vlotho, Osnabrück und Herford. Die Zigarrenfabrikanten, die so brutal die Arbeiter kündigten, bemühen sich jetzt, die Arbeiter zum Weiterarbeiten zu bewegen.

187 Mk. Monatsrente bei der Knappschaft.

Ein Beitrag zum Wahlkampf in der Angestelltenversicherung.

Die Forderungen der freien Angestelltenverbände für einen Ausbau der Angestelltenversicherung werden von den bürgerlichen Angestelltenverbänden u. a. auch durch Vergleiche der Knappschaftsversicherung mit der Angestelltenversicherung bekämpft. Man sucht zu schrecken mit den hohen Beiträgen in der Knappschaft, die häufig gar nicht stimmen und verschweigt wohlweislich die Leistungen der Knappschaftsversicherung.

Während die Angestelltenversicherung nur eine monatliche Durchschnittsrente von 54 Mark leistet, gewährt die Knappschaftsversicherung eine monatliche Durchschnittsrente von 187 Mark. Der Unterschied liegt jedoch nicht nur in der Höhe der Leistungen.

Die Knappschaftsversicherung als Versicherung der Bergbauangestellten zahlt auch wirklich an ihre Versicherten, sie hat im Verhältnis zur Angestelltenversicherung fast sechzehnmal so viele Rentenbezieher. Die Wartezeit, die erfüllt sein muß, um überhaupt Leistungen zu erhalten, ist in der Angestelltenversicherung über dreimal so lang wie in der Knappschaftsversicherung. Die Knappschaft zahlt höhere Steigerungsbeträge wie die Angestelltenversicherung, sie rechnet auch die gesamte zurückliegende Beitragszeit an, während die Angestelltenversicherung über 90 Prozent aller weiblichen Versicherten und zwei Drittel aller männlichen Versicherten Steigerungsbeträge erst für die seit dem 1. Januar 1924 geleisteten Beiträge gewährt. Die Knappschaftsversicherung gewährt eine Bestattungsbeihilfe in Höhe des dreifachen Betrages des monatlichen Ruhegeldes, mindestens aber 300 Mark, außerdem freie ärztliche Behandlung und Arznei für Ruhegehaltsempfänger; die Angestelltenversicherung gewährt in beiden Fällen nichts. In der Knappschaftsversicherung sind sämtliche Anträge auf Gewährung eines Heilverfahrens bewilligt worden, in der Angestelltenversicherung wurden dagegen über 20 000 Anträge abgelehnt. Trotz dieser weit besseren Leistungen entfällt in der Knappschaft auf ein Mitglied ein durchschnittliches Vermögen von 450 Mark, in der Angestelltenversicherung dagegen nur von 300 Mark.

Woher kommt das? Weil die freien Angestelltenverbände die Knappschaftsversicherung beherrschen und sie durchgesetzt haben, daß in der Knappschaft die Unternehmer nur zwei Fünftel der Vertreter stellen dürfen.

Die freien Angestelltenverbände verlangen auch in der Angestelltenversicherung den ausschlaggebenden Einfluß der Angestellten, während die bürgerlichen Verbände das ablehnen.

Der Reichstagsabgeordnete Lambach vom DHV. bringt es sogar fertig, gemeinsam mit dem bekannten Scharfmacher von den Ribeckschen Montanwerken, dem Bergwerksdirektor Leopold, einen Antrag im Reichstage einzubringen, der praktisch auf eine Zerschlagung der Knappschaftsversicherung hinausläuft. Dagegen müssen sich selbst die christlichen Bergbauangestellten, der Reichsverband deutscher Bergbauangestellter, Fachgruppe Bergbau im Gedag, werden.

In der Knappschaftsversicherung haben die bürgerlichen Angestelltenverbände ausgespielt. Herr Lambach vom DHV. geht mit dem Bergwerksdirektor Leopold ein politisches Bündnis ein, um die Knappschaftsversicherung zu zerschlagen. Es ist derselbe Leopold, von dem die „Handelswacht" einmal schrieb, er sei der hauptsächlichste Geldgeber des Reichsbundes vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine, also oberster Patron der Gelben. Bei solcher Bundesbrüderschaft kann nur die Parole lauten:

Jede Stimme den freien Angestelltenverbänden, dann ist die Bahn frei für den Ausbau der Angestelltenversicherung!

Konflikt auf den tschechoslowakischen Eisenbahnen.

Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Ueber den Konflikt auf den tschechoslowakischen Eisenbahnen schreibt der Pressebericht der Internationalen Transportarbeiter-Föderation:

Zurzeit herrscht unter dem tschechoslowakischen Eisenbahnpersonal große Aufregung. Um dem Vorhaben der Regierung, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, vereint entgegenzutreten, haben sich die Eisenbahnerorganisationen aller Richtungen, die mehr als 150 000 Mitglieder umfassen, zu einer Koalition zusammengeschlossen. Die von den koalierten Gewerkschaften dem Eisenbahnministerium unterbreiteten Forderungen hatten nicht den gewünschten Erfolg. Das Ministerium ist wohl bereit, zu verhandeln, es weicht aber der Beantwortung der wichtigsten Frage aus, nämlich, ob das Eisenbahnministerium bereit sei, die Forderung nach Aenderung der Regierungsverordnung betreffend die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Personals zu erfüllen. Die am 8. Oktober in Prag abgehaltene Reichskonferenz der koalierten Organisationen beschloß, bis zum 12. Oktober eine klare Antwort des Eisenbahnministeriums auf diese Frage zu fordern. Die Regierung hat sich darauf zu Verhandlungen mit dem Personal bereiterklärt und die Gewerkschaften zu einer Konferenz eingeladen. Die Verhandlungen sind nun im Gange.

•

Prag, 31. Oktober. (TU.)

Das Eisenbahnministerium ließ den verhandelnden Vertretern der Eisenbahnerorganisationen erklären, daß es zwar die durchberatenden Forderungen samt seinem eigenen Standpunkt der Gesamtregierung vorlegen werde, zurzeit jedoch keine positive Antwort erteilen könne. Die Vertreter beharrten darauf, daß die Verhandlungen weiter geführt würden und eine positive Antwort gefordert werden müsse. Die Exekutive der Eisenbahner hat einmütig festgestellt, daß durch die Verweigerung einer Antwort nach acht Monaten die weiteren Verhandlungen über die eigentlichen Forderungen der Eisenbahner unmöglich gemacht worden seien. Man nimmt an, daß nunmehr die Eisenbahner in absehbarer Zeit mit der passiven Resistenz einsetzen werden. Die Organisation der Lokomotivführer hat sich mit dem übrigen Personal solidarisch erklärt. An den Ministerpräsidenten ist ein Schreiben abgegangen, das am Montag in seinen Händen sein wird, Montag vormittag tritt der engere Ausschuß der Exekutive zusammen, um das weitere Vorgehen zu beraten. Die Weisungen der Exekutive sind bereits an sämtliche Eisenbahnervertreter in der ganzen Tschechoslowakei ergangen. Man erwartet, daß durch die jetzt schon vorbereiteten Maßnahmen die Regierung sich doch noch veranlaßt sehen wird, die Verhandlungen über die eigentlichen Forderungen in kürzester Zeit aufzunehmen.

Passive Resistenz!

WTB. meldet: Wie Reisende berichten, soll auf den tschechoslowakischen Staatsbahnen infolge Lohn- und Gehaltsstreitigkeiten mit den Eisenbahnerorganisationen passive Resistenz ausgebrochen sein. Wie es heißt, versehen die Eisenbahnangestellten den Dienst genau vorschriftsmäßig, was zur Folge hat, daß die Abfertigung des Verkehrs mit großer Langsamkeit vor sich geht. Besonders gilt dies für Frachtgüter. Wie verlautet, sollen verschiedene Bahnhöfe bereits verstopft sein.

Delegiertenversammlung der Maschinisten.

Der Wirtschaftsbezirk Brandenburg des Verbandes der Maschinisten und Heizer hatte am Sonntag in Berlin seine ordentliche Delegiertenversammlung.

Genosse Ruckstuhl erläuterte zunächst den gedruckt vorgelegten Kassenbericht der Unterstützungskasse für das 3. Quartal, wonach sich der Kassenbestand der Lokalkasse von 16 202 M. auf 18 289 M. erhöht hat. Der Kassenbericht wurde ohne Debatte einstimmig genehmigt. Ebenfalls einstimmig wurde der Bezirksvorstand beauftragt, an allen Arbeitslosen, Invaliden und ausgesteuerten Kranken zu Weihnachten eine der Leistungsfähigkeit entsprechende Extraunterstützung auszuzahlen.

In dem anschließenden Geschäftsbericht schilderte Genosse Reinefeld eingehend die einzelnen Lohn- und Tarifbewegungen, die im 3. Quartal geführt worden sind. Ueber den Konflikt im Oelgaswerk Pintsch gab der Sekretär des Hauptvorstandes Babbert einen eingehenden Bericht.

Dem Geschäftsbericht schloß sich eine längere Debatte an, in der an einigen Maßnahmen des Bezirksvorstandes Kritik geübt wurde, im allgemeinen aber die Tätigkeit anerkannt wurde. Zu einer lebhaften Diskussion kam es über einen Antrag, in dem behauptet wird, daß bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag grobe Verstöße gegen das Wahlreglement vorgekommen seien und verlangt wurde, daß die Wahlen in Finkenherd und Oranienburg ungültig erklärt werden sollten. Der Begründer dieses Antrages, der ebenfalls als Kandidat aufgestellt war, behauptete, auf einer unter falschem Namen unternommenen Kontrollfahrt in diese Bezirke grobe Verstöße, besonders in Finkenherd, festgestellt zu haben. Der Delegierte von Finkenherd bestritt ganz entschieden, daß diese Behauptungen zutreffend seien. Der Antrag durch schließlich mit 21 gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Arbeitsrechtliche Informationsabende für Betriebsräte.

Bekanntlich führt die Berliner Gewerkschaftsschule für Betriebsräte, die ziemlich stark belastet sind, im regelmäßigen vierzehntägigen Turnus Informations- und Ausspracheabende über arbeitsrechtliche Fragen durch. Die Leitung dieser Abende haben die Kollegen Clemens Nörpel und Dr. Bruno Bröcker vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes übernommen.

Die Besprechungen haben den Zweck, die Betriebsräte über die gesamte Rechtsprechung im Arbeitsrecht, soweit sie für die Betriebsvertretungen interessant und wichtig ist, zu informieren. Der nächste Informationsabend ist am Dienstag, dem 1. November, abends 7 Uhr. Ausnahmsweise findet er diesmal nicht im Saal 3, sondern im Saal 11 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, pt., statt.

Metalltransportarbeiter! Sonntag, den 13. November 1927, vormittags 9¾ Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, ordentliche Delegierten-Vollversammlung. Auf der Tagesordnung stehen sehr wichtige Fragen. Mitgliedsausweis und Delegiertenkarte legitimieren. Metallbetriebe, die noch keine Vertretung haben, müssen die Wahlen umgehend vollziehen. Außer den Vertrauensleuten entfällt auf je fünf Mitglieder ein Delegierter. Die Transportarbeitergruppen aller Metallbetriebe müssen auf dieser Vollversammlung bestimmt vertreten sein.

Verkehrsbund, Sektion V.

Wirtschaft

Wo fehlt es in der Landwirtschaft?

Der Fortschritt kommt viel zu langsam aufs Land.

In der „Bayerischen Agrarpolitischen Rundschau" Nr. 39 (Organ der Bayerischen Landesbauernkammer), wird ein Aufsatz von Professor Dr. Raum-Weihenstephan mit der Ueberschrift: „Wo fehlt es" veröffentlicht. Dieser Aufsatz enthält Bemerkungen, die manche unserer Darlegungen in wirkungsvollster Weise unterstreichen. So führt Professor Dr. Raum beispielsweise einleitend wörtlich aus:

Man kann im Ernste nicht behaupten, daß die Landwirtschaft in Deutschland durch den Staat eine zu geringe Aufmerksamkeit erführe. In wirtschaftspolitischen Fragen findet sich immer eine Mehrheit, die wenigstens den hauptsächlichsten Forderungen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen gewillt ist, wenn auch die Landwirtschaft allein nie ihre Wünsche durchdrücken kann. Sie ist hierbei immer auf die Mithilfe anderer Stände angewiesen, weil sie zahlenmäßig zu schwach geworden ist. Man kann ebensowenig behaupten, daß die öffentliche Fürsorge für die Landwirtschaft durchaus unzulänglich sei, wenn auch manche Erfordernisse bisher nicht befriedigt wurden und auch innerhalb der landwirtschaftlichen Verwaltung manchmal eine etwas scharfsichtigere und beweglichere Verteilung von Kräften und Mitteln zu wünschen wäre. Im allgemeinen aber muß jedermann die Leistungen im Reiche und in Bayern anerkennen."

Im Anschluß an diese Feststellung wirft Professor Dr. Raum die Frage auf, woran es wohl in Wirklichkeit liege, daß unsere Landwirtschaft immer noch nicht sowohl nach der Menge als nach der Güte ihrer Erzeugnisse so zur Ernährung des deutschen Volkes beträgt, als es möglich wäre. Er antwortet darauf, daß manche Ursachen dafür durch die Landwirtschaft selbst verschuldet sind. In der Begründung dieses Standpunktes sagt Professor Raum unter anderem: „Forschung und Lehre sind in der Landwirtschaft bereits auf das Feinste entwickelt. Es nützt aber nichts, wenn diese mit einem immerhin hohen Aufwand erzielten Fortschritte nur einer verhältnismäßig geringen Zahl von landwirtschaftlichen Betrieben zugute kommen und die Technik des Großteils der Wirtschaften in einem schreienden Gegensatz zu der nimutiösen Durchbildung der Wissenschaft und den tatsächlichen Errungenschaften steht. Der Fortschritt dringt viel zu langsam in den letzten Bauernhof hinaus. Hier liegt das Schicksal der deutschen Landwirtschaft, dies ist der Angelpunkt, um den sich unsere Zukunft dreht. . . Wie wohlberechnet der landwirtschaftliche Betrieb heute schon in Amerika arbeitet, ist uns durch die Reiseberichte der letzten deutschen Studienkommission aufs neue eindringlich vor Augen geführt worden. Es ist nicht zuviel gesagt, daß man sie mit lähmenden Entsetzen lesen muß, wenn man unsere deutschen Verhältnisse damit vergleicht und an die Zukunft denkt. Dabei handelt es sich in Amerika nicht um große, sondern um bäuerliche Betriebe."

Es ist kaum zu hoffen, daß auch diese neue und sehr eindringliche Belehrung schnell fruchten wird. Denen, die den Ton angeben, den Großagrariern, liegt an Krediten und Staatshilfe. Was ist ihnen der Fortschritt in der Landwirtschaft.

„Minimax"-Feuerlöscher bei sinkenden Kosten voll beschäftigt. Die Minimax A.-G. in Berlin-Neuruppin, die als Hersteller von Spezialfeuerlöschapparaten eine Anzahl hochwertiger Patente besitzt, zeigte im letzten Jahre eine ganz besondere Aktivität. So wurde durch den Ausbau des neuen Schaumlöschverfahrens die Produktion erheblich erweitert und das neue Verfahren bei den hierfür in Frage kommenden Interessenten, wie Feuerwehren, Hafenverwaltungen und den feuergefährlichen Industrien mit Erfolg eingeführt. Außerdem wurde in diesem Zusammenhang mit der amerikanischen Pyrene-Gesellschaft die Pyrene-Minimax Corporation in New York gegründet, durch die eine gemeinsame Auswertung der Patente sowie gemeinsamer Vertrieb stattfindet. — Der Abschluß für 1926/27 weist bei einer Senkung der Generalunkosten von 1,88 auf 1,61 Mill. Mark mit einem Reingewinn von 0,27 Mill. M. und einer zehnprozentigen Dividende dasselbe günstige Ergebnis auf wie im Vorjahre. Dagegen haben sich die einzelnen Bilanzposten ganz erheblich geändert. Die Aufnahme des neuen Verfahrens machte allein Maschinenanschaffungen in Höhe von 160 000 M. notwendig, während die Ausdehnung der Geschäftstätigkeit zu einer starken Beanspruchung von Bank- und Wechselkrediten führte. Während sich die Forderungen von 1,2 auf 1,8 Mill. M. erhöhten — von denen übrigens bereits 80 Proz. eingegangen sind —, verdreifachten sich die Bank- und Wechselschulden mit 0,67 Mill. M. Auch die Warenschulden stiegen von 0,38 auf 0,51 Mill. M. Die sehr hohen Bürgschaften von fast einer Million, die auf der Generalversammlung den Protest der Opposition hervorriefen, sind nach der Erklärung des Vorsitzenden auf Bürgschaften für Konzerngesellschaften zurückzuführen, die jetzt bei der Kapitalerhöhung zur Hälfte verschwinden werden. Der augenblickliche Stand des Unternehmens wurde sehr günstig dargestellt. Die Betriebe arbeiten mit stark gesenkten Selbstkosten und außer dem laufenden Auftragsbestand liegen noch bedeutende Behördenaufträge vor. Beschäftigt sind zurzeit etwa 200 Angestellte und 450 Arbeiter.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingenhäfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ryskens; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

Zweiklassensystem bei der Reichsbahn?

Seit Jahren wird in der Oeffentlichkeit die Forderung erhoben, das Vierklassensystem der Reichsbahn zu ändern. Mit Recht wird betont, daß die Mehrzahl der Reisenden in der dritten und vierten Klasse die Kosten für die luxuriöse Ausstattung der ersten Klasse mitbezahlen. Mit der Schaffung des Einheitsfahrscheins wurde die Frage wieder zur Diskussion gestellt. Zunächst mußten die Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden, die einem Uebergang von den städtischen Verkehrsmitteln auf die Eisenbahn entgegen standen.

In absehbarer Zeit haben wir die Umsteigemöglichkeit auf die Reichsbahn. Wer von einem anderen Verkehrsmittel kommt und in der Eisenbahn zweiter Klasse fahren will, muß nachlösen. Reichsbahndirektor Dr. Theodor Kittel, Mitglied der Reichsbahnhauptverwaltung, hat jetzt in einer Zeitschrift einen Plan vorgelegt, wie die Vereinheitlichung des Vierklassensystems erfolgen könnte. Er schlägt vor:

„Für die Verschmelzung der vier Klassen zu einer Holz- und einer Polsterklasse bestehen zwei Möglichkeiten. Die Zusammenziehung der 3. und 4. Klasse zu einer neuen Holzklasse wird als nicht gangbar bezeichnet, da sie für die Reisenden der 4. Klasse eine erhebliche Verteuerung bedeuten würde und andererseits eine große Zahl von Reisenden gegen ihren Willen in die 4. Klasse hinuntergedrückt würde. Zweckmäßiger erscheint daher die Verschmelzung der 2. und 3. Klasse. Da die Reichsbahn jedoch nicht gewillt und auch nicht in der Lage ist, die Einführung des Zweiklassensystems mit dem Verzicht auf Einnahmen zu erkaufen, müßte in diesem Falle der Tarifsatz der neuen Einheitsklasse um etwa sechs Prozent über dem heutigen Tarifsatz der 3. Klasse liegen. Eine solche Tariferhöhung wäre dann aber gleichzeitig auch mit einer Verbesserung der Ausstattung der jetzigen 3. Klasse zu verbinden, und zwar derart, daß die Platzzahl der neuen 1. Einheitsklasse die gleiche bliebe wie die der jetzigen 3. Klasse, die Wagen jedoch mit einer leichten Polsterung versehen würden.

Nach diesem Vorschlag würde das neue Tarifsystem folgende Tarifsätze aufweisen: 4. Klasse (wie jetzt) 3,3 Pf. und 2. Klasse (neu) 5,3 Pf. je Kilometer. Der neue Tarifsatz für die 2. Klasse der Personenzüge würde also dem jetzigen Tarifsatz für Schnellzüge entsprechen, der 5 Pf. je Kilometer und Zonenzuschlag beträgt. Für die beschleunigten Personenzüge schlägt Dr. Kittel entsprechend der schnelleren Beförderung, die sie bieten, eine Stellung im Tarifsystem zwischen Personenzug und Schnellzug vor mit einem Einheitssatz der 4. Klasse von 4 Pf. und der neuen 2. Klasse von 6 Pf. Die Eilzüge, die heute noch, insbesondere im westlichen Industriegebiet, gefahren werden, sollen dann überhaupt fortfallen. Die Ersparnisse bei einer Vereinigung der Wagenklassen wären für die Reichsbahn sehr beträchtlich. Die Betriebskosten für die 2. Klasse der Personenzüge bleiben heute hinter den Einnahmen um etwa 30 Millionen jährlich zurück. Dieser Betrag kann bei Vereinigung der 2. und 3. Klasse auf Grund besserer Platzausnutzung und vereinfachter Wagengestellung rundweg erspart werden. Ferner kann die Hälfte des jetzigen Kapital- und Unterhaltungsdienstes der Personenwagen 2. und 3. Klasse dadurch gespart werden, daß bei Verschmelzung der 2. und 3. Klasse etwa 10000 freiwerdende Wagen 3. Klasse für die vierte Klasse benutzt werden können, wo heute Bedarf nach Wagen besteht. Zu diesen Ersparnissen im Kapitaldienst würden ferner beträchtliche Vorteile bei der Zugförderung sowie im Zugbildungs-, Fahrkarten- und Werkstättendienst kommen."

Dieser Vorschlag verdient weiteste Beachtung. Man kann den Standpunkt der Reichsbahn verstehen, das mit der Schaffung des Zweiklassensystems eine Geldeinbuße nicht verbunden sein darf. Nach dem vorgenannten Vorschlag erwartet die Reichsbahn von der Aenderung ein gutes Geschäft. Für das Publikum bedeutet dieser Vorschlag aber eine Verteuerung des Fahrpreises. Die dritte Klasse, die am meisten benutzte, wird von 5 Pf. je Kilometer auf 5,3 Pf. heraufgesetzt, um den Ausfall der zweiten Klasse zu decken. Warum dieser Vorschlag gemacht wird, sagt Herr Kittel selbst: weil die Einnahmen der zweiten Klasse um 30 Millionen geringer sind als die Betriebskosten für diese Wagenklasse. Also für eine geringe Verbesserung der Eisenbahnwagen der neuen Klasse (Plüschüberzug über die Holzbänke) darf der Reisende je Kilometer 6 Proz. mehr bezahlen. Noch gefährlicher ist der Vorschlag, für die beschleunigten Personenzüge eine neue Preisstaffelung zu schaffen. Für diese soll eine Preisstaffel mit einem Einheitssatz der vierten Klasse von 4 Pf. und der zweiten Klasse von 6 Pf. eingerichtet werden. Diese Preisfestsetzung würde eine Verteuerung der Fahrpreise um 20 Proz. bedeuten. Bisher konnte man mit dem gewöhnlichen Fahrpreis beschleunigte Personenzüge benutzen. Wenn dieser Vorschlag angenommen wird, verteuert sich z. B. die Fahrt nach München von 32,80 M. auf 39,20 M. Da für längere Strecken die beschleunigten Personenzüge stärker besetzt sind, bringt dieser Vorschlag eine nicht geringe Mehreinnahme für die Reichsbahn. Die Forderung nach dem Zweiklassensystem ist berechtigt. Wenn aber das neue System eine Verteuerung bringt, wird es wenig Anhänger finden.

Sommertag im Oktober.

In Schönheit sterben, scheint die Devise der Natur in diesem Jahr zu sein. Festlich schmückt das leuchtend klare Sonnenlicht die Felder, und die rotbraunen Blätter, die sich an den Bäumen und Sträuchern noch befinden, sehen wie funkelndes Gold aus. Die noch vorhandenen spärlichen Blumen hauchen im letzten Farbenrausch ihre müden Seelen aus. Der feine Regen der letzten Tage hat die Wege staubfrei gemacht und so konnte der Spaziergänger am gestrigen Sonntag die prächtige Luft ohne lästige Beigabe genießen. Mit Kennerblick wird die Arbeit der Laubengärtner betrachtet — der 14pfündige Kohlrabi, der jüngst in einem Schaufenster ausgestellt war — „ein ganzer Topf voll", bleibt aber doch wohl der „König der Gemüse". Die warme Luft macht Durst — noch stehen die Bänke und Tische draußen im Garten und die Kaffeeküche wird in Massen belagert. Die Kinder balgen sich um die letzten Kastanien, die jungen Mädchen rupfen die Zweige und Gräser als leicht vergängliche Andenken. Geht die Sonne als leuchtender Ball unter, steigen die Nebel empor, so sucht man gern den Tanzsaal auf, dessen Luft von dem Ozon der Natur nicht zu viel abbekommen hat. Aber man hat tagsüber so viel Vorrat in seine Lungen gepumpt, daß man jetzt schon etwas aushalten kann. Müde, aber zufrieden mit dem Tagewerke strebt alles der Bahn zu . . . Die letzten Züge sind noch knüppelvoll: man will doch das „schöne Wetter" nach Kräften auskosten. Die vergangenen 43 Sonntage dieses Jahres haben uns wahrlich nicht verwöhnt!

•

Besonders in den Zahlen der am Sonntag von den verschiedenen Verkehrsmitteln hinausbeförderten Personen kommt die Massenflucht aus der Stadt so recht zum Ausdruck. Allein die Straßenbahn beförderte rund zwei Millionen Fahrgäste. — Auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn wurden etwa 1½ Millionen Karten ausgegeben. So nach Grünau 24 000, Grunewald 23 000, Potsdam 23 000, Friedrichshagen 21 000, Karlshorst 18 000 (letztes Rennen), Nikolassee 17 000 usw. — Die Aboag ist mit ihrem Sonntagsgeschäft sehr zufrieden und die Ausflugslinien waren ständig stark besetzt.

Verkehrsunfälle am Sonntag.

Auto gegen Fuhrwerk. — Autobus gegen Straßenbahn.

In Zehlendorf ereignete sich an der Ecke Potsdamer Chaussee und Lindenallee Sonntag nacht ein schweres Autounglück, bei dem neun Personen mehr oder minder schwere Verletzungen davontrugen. Die freiwillige Feuerwehr von Zehlendorf sorgte für die Ueberführung der Verletzten in das Hindenburgkrankenhaus. Folgende Einzelheiten werden über das Unglück bekannt:

Kurz nach 23 Uhr näherte sich der Straßenkreuzung in ziemlich flotter Fahrt ein mit acht Berliner Ausflüglern besetztes Privatauto. In dem Lichtkegel der Scheinwerfer tauchten plötzlich die Umrisse eines Fuhrwerks auf. Der Führer des Autos konnte nicht mehr rechtzeitig abstoppen und fuhr mit großer Wucht auf das Gespann auf. Der Zusammenprall war mit solcher Wucht erfolgt, daß der Kraftwagen umkippte und sich überschlug. Die Insassen wurden unter den Trümmern begraben. Der Kutscher des Wagens wurde vom Bock geschleudert und schwer verletzt. Zum Glück war Hilfe bald zur Stelle und die inzwischen alarmierte Feuerwehr schaffte die Verunglückten in das Zehlendorfer Hindenburgkrankenhaus. Die Namen der Verletzten sind: Spediteur Paul Kiene, Stubenrauchstr. 10 zu Schöneberg, Führer und Eigentümer des Privatautos Paul Pullwitt, Schreinerstr. 35, Schankwirt Wilhelm Peter, Insterburger Str. 8, dessen Ehefrau, der 58jährige Fritz Moritz, Zorndorfer Str. 3, dessen 61jährige Ehefrau Berta, der 33jährige Otto Strauß, Insterburger Str. 7, dessen 35jährige Frau Martha und vierjähriges Kind Susanne. — Die Schuldfrage konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden.

In Pankow kam es am Sonntag nachmittag an der Ecke Berliner und Binzstraße zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Autobus der Linie 9 und einer Straßenbahn der Linie 47. Bei dem mit großer Wucht erfolgten Zusammenprall wurden sämtliche Scheiben zertrümmert und fünf Personen erheblich verletzt. Es entstand eine Verkehrsstörung von längerer Dauer. — An der Ecke Pappelallee und Stargarder Straße stießen am Sonntag nachmittag zwei Autos zusammen, wobei vier Personen Verletzungen davontrugen. Die Feuerwehr schaffte die Verletzten nach der nächsten Rettungsstelle, wo ihnen erste Hilfe zuteil wurde. Während drei von ihnen nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden konnten, mußte der Kaufmann J. Schmidt aus der Schwedenstraße 6 mit einem Kieferbruch in das Jüdische Krankenhaus übergeführt werden.

Raubüberfall auf eine Kinokasse.

Jagd hinter dem schießenden Räuber.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern abend nach 9 Uhr in dem Alhambra-Kino in der Französischen Straße zu Potsdam ab. Dort verlangte ein junger Mann eine Logenplatzkarte und in demselben Augenblick, als die Kassiererin diese durchlochte, griff der Mann in die Kasse und steckte sich einen 10-Mark-Schein ein. Man rief: Halt! aber der Räuber ergriff die Flucht und gab auf seiner Verfolgung mehrere Schüsse ab, die einen Verfolger am Arm trafen. Darauf lief der Bandit über den Alten Markt feuerte auch hier noch einen Schuß ab, schließlich wurde er auf der Langen Brücke durch Schupo im Auto verfolgt. Der Chauffeur des Autos warf dem Fliehenden eine Autokurbel zwischen die Beine, so daß der Täter stolperte und festgenommen werden konnte. Er wurde als der 22jährige Tischler Kurt Walzoch aus Nowawes, Havelstraße 20, festgestellt. Man fand bei ihm eine ganz neue Selbstladepistole mit 16 Schuß. Der Täter will aus Not gehandelt haben, da er zurzeit stellungslos ist.

Republikanertag im Friedrichshain.

Der Ortsverein Friedrichshain des Reichsbanners hatte am Sonntag eine republikanische Kundgebung veranstaltet, die eine überaus gute Beteiligung aufwies. Es war seit Wochen wieder einmal eine große Heerschau der republikanischen Kräfte in dem Arbeiterbezirk Friedrichshain. Aus allen Berliner Ortsvereinen waren die Kameraden herbeigeeilt. Ein endlos langer Zug konnte am Küstriner Platz zusammengestellt werden. Nach sorgfältiger Berechnung waren etwa 8000 Kameraden im Zuge marschiert. Vom Küstriner Platz ging's in fast dreistündigem Umzug durch die Straßen des Bezirks Friedrichshain. Die Straßen waren mit Flaggen geschmückt. Girlanden waren über die Straßen gezogen. Auf der Weberwiese sammelten sich die Kameraden und eine nach Tausenden zählende Menge. Bürgermeister Mielitz begrüßte die Republikaner. Dann sprachen Polizeioberst a. D. Kamerad Schützinger und Vertreter der republikanischen Parteien.

Zwei tödliche Unfälle.

Auf dem Rangierbahnhof in Niederschöneweide geriet in der Sonnabendnacht der Rangierer M. Domaschka aus der Thüringer Straße zwischen zwei Wagenpuffer und wurde auf der Stelle getötet. Die Leiche wurde beschlagnahmt. — Ein anderer tödlicher Unfall ereignete sich auf dem Bahnhof in Reinickendorf-Rosenthal. Ein Mann in den mittleren Jahren wollte den bereits in Fahrt befindlichen Vorortzug besteigen, kam aber zu Fall und geriet unter die Räder des Zuges. Er war sofort tot.

Todessturz auf dem Treppenflur.

Der dreißigjährige Maschinist Franz Wojanowski wurde heute früh gegen ¾4 Uhr auf der Treppe des Hauses Wilhelmshavener Straße 31 leblos aufgefunden. Man benachrichtigte die Polizei, die W. zur nächsten Rettungsstelle brachte, wo der Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. Wie einwandfrei festgestellt wurde, ist W. das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Er trat in der Dunkelheit fehl, stürzte die Treppe mehrere Meter hinunter und zog sich einen doppelten Schädelbruch zu. Als er aufgefunden wurde, war der Tod bereits eingetreten. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhaus gebracht.

Rationelle Postbestellung.

Unter obiger Ueberschrift brachten wir am 13. Oktober dieses Jahres einen Artikel über die Hausbriefkästen, die nach unserem Dafürhalten die beste Abhilfe gegen die gesundheitsschädliche, von dem Laien kaum geahnte Ueberanstrengung der Briefträger darstellen und dabei die so dringend nötige frühere Postbestellung ermöglichen. Inzwischen hat man Bedenken geäußert, ob die Post die Hausbriefkästen nicht nur deshalb einführte, um vermöge des alsdann rationalisierten Betriebes einen Beamtenabbau zu betreiben. Auf eine diesbezügliche Anfrage hat das Ministerium geantwortet, daß bei der Frage der Hausbriefkästen nur „Beschleunigung der Zustellung und Verminderung der körperlichen Anstrengung der Briefträger maßgebend seien. Andere Ziele und Absichten, insbesondere auch solche auf Abbau des Beamtentums scheiden — wie ausdrücklich betont werden solle — vollständig aus". — Unter diesen Umständen würde es sich hier in der Tat einmal um eine Reform handeln, die begrüßt werden könnte, zumal die alte Art der Postbestellung bei der zunehmenden Höhe der neuen Häuser und der immer größeren Steigleistung der Briefträger ohnehin nicht für alle Zeiten durchgeführt werden kann.

In der Autodroschke überfallen. Gellende Hilferufe machten gestern gegen 22 Uhr Passanten der Chausseestraße in der Nähe der Reinickendorfer Straße auf eine Autodroschke aufmerksam. Es gelang ihnen, sie anzuhalten und sie fanden in dem Wagen ein fünfzehnjähriges Mädchen B. aus der Borsigstraße, der die Kleider und die Strümpfe zerrissen waren. Der Chauffeur war, als die Leute das Auto zu Stehen brachten, sofort abgesprungen und lief davon. Ein Schupobeamter holte ihn ein und brachte ihn nach der Wache. Hier wurde er festgestellt als ein 22 Jahre alter Willy E. aus der Schulzendorfer Straße. Er hatte das Mädchen unter dem Vorwande, daß er sie nach Hause bringen wolle, in den Wagen gelockt und versucht, sich an ihr zu vergehen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat ihre nächste Sitzung am Donnerstag um 16¾ Uhr.

Eltern töten ihre Kinder.

Wieder zwei furchtbare Fälle.

Frankfurt a. M., 31. Oktober.

In einer Siedlungskolonie bei Frankfurt a. M. fand die Polizei die Frau des Eisenbahnarbeiters Deckert mit ihren beiden acht und anderthalb Jahren alten Söhnen und ihrem dreijährigen Töchterchen am Boden liegend tot auf. Den Hausbewohnern war starker Gasgeruch aufgefallen. Sie benachrichtigten die Polizei, die durch das Küchenfenster in die Wohnung eindringen mußte und dort in einem Zimmer die Leichen vorfand. Nach Feststellung des Sachverhalts brachte man die Leichen nach dem Friedhof. Der Grund für die schreckliche Tat ist in zerrütteten Familienverhältnissen zu suchen.

Sterkrade, 31. Oktober.

Der 30 Jahre alte Anstreicher Albert Hammacher, der am Sonnabend abend in seiner Wohnung einen Zettel seiner Frau vorfand, die Selbstmord verüben wollte, da sie das bisherige Leben nicht weiter fortsetzen zu können glaubte, trug seine drei Kinder im Alter von 2 bis 5 Jahren an den Rhein-Herne-Kanal, wo er sie ins Wasser warf. Sonntag nachmittag ist Hammacher in Grafenbuch bei Sterkrade verhaftet worden. Auch seine Frau, die wieder in die Wohnung zurückkehrte, wurde einstweilen in Haft genommen.

Schweres Eisenbahnunglück in Italien.

6 Tote, 80 Verwundete.

Mailand, 31. Oktober.

Auf der Linie Bari-Locorotondo stieß ein Extrazug mit einem Personenzug zusammen. Der Extrazug entgleiste, die Wagen stürzten um und wurden zum Teil zertrümmert. Bis jetzt sind sechs Tote und achtzig Verwundete, darunter dreißig Schwerverletzte, festgestellt worden. Die aus Anlaß des 5. Jahrestages des Marsches auf Rom organisierten Festlichkeiten wurden zum Zeichen der Trauer abgesagt.

Sturmkatastrophe in England.

Zahlreiche Todesopfer.

In England herrschte in den letzten Tagen ein furchtbarer Sturm, der zahlreiche Todesopfer forderte und entsetzliche Verwüstungen anrichtete. Nach der „Daily Mail" beträgt die Zahl der bei dem Sturm über England und Irland getöteten und ertrunkenen Personen insgesamt fünfzig. Die „Morningpost" berichtet sogar, von über sechzig Toten. In Irland sind schätzungsweise vierzig Menschen ums Leben gekommen. Zahlreiche Fischerboote werden vermißt. In England ist anscheinend die Stadt Fleetwood am stärksten betroffen worden. Dort wurden etwa 1250 Häuser überschwemmt und 200 Acres Land verwüstet. Zwölf Personen wurden getötet. Der Schaden in dieser Stadt wird auf 100 000 Pfund geschätzt.

Sie wollen keine Aufklärung.

Der bekannte Sexualforscher, Sanitätsrat Dr. M. Hirschfeld, hat vor einigen Tagen in Düsseldorf und Köln einen wissenschaftlichen Vortrag über „Das Recht auf Liebe, die sexuelle Krise" halten wollen. Kurz vor Beginn der Vorträge wurde dem Referenten bekanntgegeben, daß der Vortrag nicht gehalten werden dürfe. Da der Vortrag seit Wochen bekanntgegeben war, muß diese Schikane, anders kann der Vorfall nicht beurteilt werden, den Eindruck erwecken, als wollten einige Mucker die einwandfreie Aufklärung über dieses Gebiet unter allen Umständen verhindern. Ja — Wissen gilt auch heute noch als gefährlich, besonders im heiligen Köln...

Sport.

Sechstage-Auftakt.

Sieger: Koch—Buschenhagen.

Am Donnerstag abend steigt in der Sporthalle in der Potsdamer Straße das 19. Berliner Sechstagerennen. Vorher aber gibt es das nun schon wirklich traditionell gewordene 3-Stunden-Rennen nach Art der 6 Tage. Und das war gestern.

Volles Parkett, volle Ränge und voller Innenraum, als zwölf Mannschaften die 3-Stunden-Fahrt antraten, um sie mit kurzen Unterbrechungen lebhaft, ja wild zu gestalten. Die erste Jagd währt 26 Minuten und läßt Kroll-Miethe das gesamte Feld überrunden. Auch die vier Spurts der ersten Wertung holt sich diese Mannschaft, die auch noch nach der zweiten Stunde allein die Spitze halten kann. Mehrere Vorstöße bringen zunächst keine Feldveränderungen, bis dann Aerts-Duivivier und Letourneur-Rouzer vehement losziehen. Koch-Buschenhagen, Tonani-Junge gehen mit. Außer Letourneur-Rouzer gelangen hierbei die genannten Mannschaften in die Spitzengruppe, die nun von Kroll-Miethe nur noch mit kleinem Punktvorsprung vor Koch-Buschenhagen geführt wird. Nach der letzten Wertung besetzen dann allerdings Koch-Buschenhagen mit 75 P. die Spitze vor Kroll-Miethe 73, Tonani-Junge 42 und Aerts-Duivivier 19 P. 1 Runde zurück: 5. Letourneur-Rouzer 14 P., 3 Runden zurück: 6. Carpus-Maczinski 9 P. In drei Stunden wurden 127,8[illegible] Kilometer bedeckt.

Czirson Leichtgewichtsboxmeister.

Das war ein buntes Programm, das der Verein Berliner Sportpresse in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag im Ufa-Palast am Zoo abrollen ließ. Vielleicht zu bunt, zu gemischt.

so daß das zahlreich erschienene Publikum in einigen Fällen anderer Ansicht war als die Veranstalter.

Im Mittelpunkt des Programms stand der Kampf um die Deutsche Leichtgewichtsmeisterschaft im Boxen zwischen Meister Fritz Ensel-Köln und Herausforderer Paul Czirson-Berlin. Ensel trat mit 121 und Czirson mit 122 Pfund in den Ring. Schon von Beginn an zeigte es sich, daß Czirson der stärkere war. Er wußte tapfer draufloszugehen und setzte Haken auf Haken an. Die Abwehr des Meisters war nur eine bedingt gute. Zwei Runden vermochte er sich zu halten, bis die dritte kam, die eine einwandfreie K.-O.-Niederlage brachte. Ein harter Linker Czirsons ließ Ensel erstmalig zu Boden gehen! Und dann war es vorbei. Denn noch viermal mußte der Kölner hintereinander zu Boden, um dann die „10" über sich ergehen zu lassen!

Rennen zu Karlshorst am Sonntag, dem 30. Oktober.

1. Rennen. 1. Padua (Herr Bartels), 2. Heinecke, 3. Pottasche. Toto: 33:10. Platz: 12, 16, 12:10. Ferner liefen: Heimatklang, Ravenna (gef.), Neliar (gef.), Charlie Chaplin, Perkeo (gef.), Vogler, Siegesfestfreude.

2. Rennen. 1. Lindwurm (Weiß), 2. Parsifal, 3. Mannestreue. Toto: 840:10. Platz: 126, 129, 17:10. Ferner liefen: Tannkönig, Lucrezia, Rubel, Ofando, Kronenbraut, Senow, Merkur II.

3. Rennen. 1. Namen (Herr Bartels), 2. Stromer, 3. Tornado. Toto: 90:10. Platz: 17, 14, 15:10. Ferner liefen: Faustinus, Baladin, Sonnenkönig, Froher Mut.

4. Rennen. 1. Greifau (Herr W. Schnitzer), 2. Goldener Frieden, 3. Ernsu. Toto: 86:10. Platz: 28, 23, 20:10. Ferner liefen: Prenäus, Erlkönig II, Edelweiß, Alp, Golondrina, Werden, Fiorida, Mataja, Schleehblüte, Medina.

5. Rennen. 1. Dorn II (Oblt. Metzsch), 2. Statilicke, 3. Bankola. Toto: 41:10. Platz: 21, 44, 30:10. Ferner liefen: Herzog, Berzna, Mainberg, Samos, Ahasver (gef.), Jummelmann (angeh.), Daim II, Cullworth.

6. Rennen. 1. Malkasten (R. Derschug), 2. Ophar, 3. Hounel. Toto: 70:10. Platz: 21, 21, 14:10. Ferner liefen: Graziella, Lanz (gef.), Rivalin, Prätendend, Das Lied, Arndt, Ragusa, Franzia (gef.), Cinderella (gef.), Kalebasse (gef.), Durst.

7. Rennen. 1. Genius (Oertel), 2. Feuermal, 3. Dau. Toto: 185:10. Platz: 47, 27, 224:10. Ferner liefen: Mirabelle, Leander, Schaumschläger, Rosario (gef.), Gerold, Heldrastein, Husdent, Ilderim, Kriegsgewinnler, Filanda, Turfball.

8. Rennen. 1. Empfehlung (Eberl), 2. Sonnenlicht, 3. Bonbonniere. Toto: 40:10. Platz: 17, 26, 24:10. Ferner liefen: Patachon, Adamimus, Rubico, Patron, Bernhard, Certosina, Foxtrott, Dunkle Ahnung, Euterpe.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Berlin, Zentr. Bade- u. Desinfektionsanst.
Am Dienstag, dem 1. November 1927, abends 7 Uhr, findet in den Kammersälen, Teltower Straße 1—4, eine
außerordentliche Mitgliederversammlung
der Reichs- und Staatsarbeiter statt.
Tagesordnung:
1. Die Reichsregierung gegen allgemeine Lohnerhöhung. 2. Diskussion.
Die Sektionsleitung.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz Th. am Schiffbauerdamm
3 Uhr: Kabale und Liebe.
7½ Uhr: Peer Gynt
8 und 8 Uhr: George Dandin.
Dazu: Der gemütliche Kommissär

Renaissance-Theater
Steinplatz 901. — Täglich 8 Uhr:
Giovanni u. Annabella

8 Uhr Winter-Variete Garten
Rauchen gestattet
Edmonde Guy, Ernest van Düren
Enoch Light's Columbia-Orchester

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagnchm. 3 U.
Elite-Sänger
in großer Form in ihrem Bombenprogramm!
Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M.
Sonntagnachmittag: Große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Die Paula vom Metropol.
Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

Reichshallen-Theater
Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Zum Schluß: Eine Hochzeit in der Müllerstraße
Nachmittags: Halbe Preise, volles Programm.
Dönhoff-Brett'l: Varieté, Konzert, Tanz

Gresses Schauspielhaus
Täglich 8 Uhr · Ende 11 Uhr
Die neue Charell-Inszenierung mit
DER MIKADO
Max Fallenbert, Rita Georg, Bendow, Jenkohn, Szöke Szakall, Workmeister, Westermeier, Jackson Boys, Sunshine Girls
Ausst. Prof. Stern · Dirig. Dr. Römer
Mittwoch, Sonnabend und Sonntag nachm. 3 U.: Waldhardt von Gneisenau mit Werner Krauss. Zu kleinen Preis.
Vorverkauf 10—6 Uhr.

8 Uhr SCALA
Nollendorf 7360
Die Oktober-Varieté-Revue
Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen
3³⁰ u. 8 Uhr — 2.⁰⁰ zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

Karausche-Bühne Th. Königgrätz. St. Bergm. 2110. 8 U.
Gustav III
von Strindberg.
Regie: Victor Barnowsky

Komödienhaus Norden 6304. 8¼
Hokuspokus

Berliner Theater Dönhoff 170. 8¼
Der Geisterzug

Rose-Theater 8¼ Uhr:
Charleys Tante

Piscatorbühne
Theat. a. Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
8 Uhr:
Hoppla, wir leben
von Ernst Toller
Inz. Erwin Piscator

Walhalla-Theat.
Täglich 8¼ Uhr:
Am Rüdesheimer Schloß steht eine Linde
Parkett statt 4 Mk. tägl. auch Sonntags nur 60 Pf.

Residenz-Theater
Täglich 8 Uhr:
Gastspiel des Herrnfeld-Theaters
m. d. 3-Akt.-Schlager
Wer ist der Vater?

Lustspielhaus 8¼ Uhr
„Filmromantik"

Thalia-Theater 8 Uhr
Der rote Hahn

Tallmsky-Bühne Dtsch. Künstler-Th. 8 Uhr
Justiz

Lessing-Theater 8 Uhr
Schinderhannes

Trianon-Th.
Tägl. 8¼ Uhr:
Erika Glässner in Frau Präsidentin

Planetarium am Zoo
Verlängerte Joachimsthaler Straße
Noll. 1378
Der Sternenhimmel auf der Reise von Berlin nach dem Aequator
Vorführungen: 4½, 6, 7½, 9 Uhr.
Eintritt 1 M.
Kinder unt. 15 Jahren 0,50 M.

In der XXII. Legion des alten Rom
gebrauchte man schon
das Emser Wasser (Kränchen). -
Sie haben heute auch
das natürliche Emser Quellsalz
sowie
die echten Emser Pastillen
zur Verfügung u. damit
drei Vorbeugungs- u. Heilmittel von Weltruf gegen Katarrhe, Asthma, Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Grippe u. Grippefolgen, Magensäure (Sodbrennen), Zucker u. harnsaure Diathese. Emsolith ist Ihr Mundpflegemittel; es verhindert Zahnsteinansatz.
Aber verlangen Sie stets die echten Emser Erzeugnisse und weisen Sie jede Nachahmung zurück (künstliche Präparate, Fälschungen). Für Echtheit bürgt nur die Schutzmarke „Ems".
EMS Schutzmarke
Staatliche Bade- und Brunnendirektion.
Hauptniederlage für Emser Kränchen für Berlin und Brandenburg: Brunnenvertriebsaktiengesellschaft, Berlin SW, Yorkstr. 59, Telephon: Bergmann 3536—38.

OPEL
NEUE MODELLE 4 PS NEUE PREISE
Das neue Modell 1928 mit wesentlichen technischen u. ästhetischen Neuerungen ist nun bei allen Opel-Vertretern sofort erhältlich, und zwar zu folgenden Preisen
Der Zweisitzer . . . 2700 Mk.
Der Viersitzer . . . . 3000 Mk.
Die Limousine . . . . 3500 Mk.
Als Neuschöpfung Die 4 PS. Luxus-Limousine
3800 Mk.

Schlapp? Also falsch ernährt!
Die winterliche Entbehrung von Sonne und frischer Luft verursacht das Absterben Ihrer Leistungsfähigkeit. Die frische Frucht ist in der Winterzeit »der« Speicher der natürlichen Gesundheitswerte; sie enthält allein und unverfälscht gegenüber allen anderen Nahrungsmitteln Sommersonnenschein als den Urquell des Wohlbefindens. Bekämpfen Sie das Nachlassen Ihrer Spannkraft mit dem Genuß der frischen Frucht, morgens, mittags, abends! Verständige Lebensweise schafft Ueberlegenheit!
Esst mehr Früchte und Ihr bleibt gesund!
Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es zu jeder Jahreszeit!

Alles Spezialgeschäft in Kamelhaar-Schlaf-Reise-Decken Strickjacken Bienie Trikotagen Strümpfen billigst Tagespr.
Gebrüder Pitaume, Berlin SW, Friedrichstr. 205
Boke Zimmerstr.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem !! billig !!

10 Pf. 100 MARK
Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. gesch.
Fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller Leipzig-Schkeuditz

Verkäufe
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben, Pelzwaren. Keine Lombardware.
Von Kunden wenig getragene sowie neue Herrenanzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend, Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen verkauft spottbillig Leihhaus, Friedrichstraße 2, Belle-Alliance-Platz. Keine Lombardware.

Möbel
Patentmatratzen, „Primissima"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues, Walter, Stargarderstraße achtzehn, Spezialgeschäft.
Metallbetten, Chaiselongues, Auflegematratzen, Kinderbetten, Kinderwagen, Teilzahlung zu Kassapreisen, Spezialgeschäft, Schönhauser Allee 5, Schönhauserlor.

Musikinstrumente
Linkpianos, überaus preiswert, Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Pianos, Flügel, Barankauf, Privat. Herer, Prinzenstr. 90, Moritzplatz 2132.

Fahrräder
Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche
Zahngebisse, Edelmetalldruck, Quecksilber, Zinn, Blei, Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 70a (Mauerkellerstraße).

Coundé reinigt und wäscht und färbt
Filialen überall in Groß-Berlin
Spezialität der Dampfwäscherei:
Herren-Stärkewäsche, Tischwäsche u. Roll-Preßwäsche / Lieferzeit: 8 Tage